

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gepaltene
Petizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 7. **Sonnabend, den 12. Februar 1910.** 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Der Deutsche Bauarbeiterverband. I. — Zur Erwerbslosenunterstützung. — Gewöhnung an die Unfallfolgen. — Die Wiener Verträge für Arbeiterchutz. — Von den „apolitischen“ Gewerkschaftskrisen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Eine allgemeine Städtebau-Ausstellung. — Kunstschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: 20 Jahre unter dem gemeinen Recht. — Verband der Steinarbeiter Oesterreichs. — Die Niesenarbeit der Berufs-jährling. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Die deutsche Schieferindustrie. III.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Stiebt. Die Pflastersteinarbeiter haben am 8. Januar bei der Firma Jachmann wegen der vorgenommenen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Nach dem Grünsteinbruch Stiebtig bei Baugen ist Zugang zu meiden.
Widemann. Die Pflasterstein- und Klarschlagschläger der Firma Siegheim stehen im Streik. Zugang nach den Betrieben Adlersberg und Einersberg ist streng fernzuhalten. Siegheim bietet alles auf, um Arbeitswillige anzuerwerben.
Baugen. Der Streik bei der Firma Colditz ist zu unseren Gunsten erledigt. Der Zuschlag für Posteaer Sandstein wurde erhöht.
Baldwinstein. Die Marmorarbeiter der Firma Krebs tratzen wegen der Mahregelung organisierter Kollegen am 1. Februar in den Streik. Krebs glaubt, mit seiner Taktik unseren Verband im Lahntale unmöglich machen zu können.
Milgen (Wettfalen). Bei der Firma Dassel sind den Granitbauern und Schieferern starke Lohnzüge gemacht worden. Diejenigen Kollegen, die deswegen reklamierten, wurden entlassen; die anderen Verbandsmitglieder reichten die Kündigung ein. Zugang ist streng fernzuhalten.
Otterhof. Die Aktiengesellschaft hat eine gewaltige Tarifsenkung vorgenommen. Diese Maßnahme wird mit schlechtem Geschäftsgang begründet.
Eschershausen. Die Dolomiti- und Kalksteinwerke Holzen sind wegen Lohnreduktion gesperrt. Die Firma versucht fremde Arbeiter anzuerwerben.
Wendorf. Die Sperre über den Pflastersteinbetrieb des Herrn Wühl in Barleben ist aufgehoben. Der Bruchbesitzer hat den Tarif unterschrieben.
Braunschweig. Die Unternehmer versuchen gegenseitig alles, damit die Mitglieder der Ortsverwaltung bei keiner Firma eingestellt werden. Die Tarifverhandlungen beginnen in der nächsten Woche.
Kassel. Die Firma Holzmann sucht auswärtige Steinmehnen, hiesige dagegen werden nicht eingestellt.

Der Deutsche Bauarbeiterverband.

I.
Am Montag, den 7. Februar, traten in Leipzig die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu ihren Generalversammlungen zusammen. Die Maurer tagen mit ihren 250 Delegierten im Festsaal des monumentalen Volkshauses, die Bauhilfsarbeiter sind mit 106 Abgeordneten im kleineren Saale desselben Stablkommens untergebracht. Die beiden Verbände erledigten zuvor ihre bisherigen Angelegenheiten und am Donnerstag beginnen die gemeinsamen Beratungen, um den endgültigen Zusammenschluß zu beschließen.
Die verschmolzenen Verbände führen den Namen: „Deutscher Bauarbeiterverband“.
Den Gewaltigen im Baugewerbe wird diese Fusion nicht gerade angenehm sein. Die Stärke der zwei vereinigten Organisationen beträgt, in Ziffern ausgedrückt, 240 000 Mitglieder. Ohne weiteres dokumentieren solche Arbeitermassen, ausgerüstet mit einem großen Kampfesmut, den Bauunternehmern gegenüber eine große Macht.
Nun zu den Verhandlungen des Maurerverbandes. Interessant war es, was Bömelburg zu der aktuellen Frage der Erwerbslosenunterstützung sagte. Im Jahre 1909 sind Statistiken aufgenommen worden, um den Umfang der Arbeitslosigkeit bei den Maurern festzustellen. Das Ergebnis stellte ein erschreckendes Bild von der Wirkung der Krise dar. Von den Mitgliedern des Verbandes waren im
Januar 1909 . . . 62,67 Prozent
Februar 1909 . . . 62,46 „
März 1909 . . . 21,43 „
arbeitslos. Auch in den Sommermonaten betrug die Arbeitslosigkeit in den Großstädten immer noch zirka zwanzig Prozent. Sie liegt dann schon im November auf 23,11 Proz. und im Dezember auf 29,08 Prozent. Für die begeisterten Anhänger einer Erwerbslosenunterstützung sind diese Zahlen nicht verlockend. Es würde sich hier um ganz ungeheure Summen handeln. Bei 60 Prozent der Arbeitslosen hatte die Arbeitslosigkeit ihre Ursache in dem herrschenden Arbeitsmangel.
Die Krise hat natürlich auch auf den Mitgliederstand eingewirkt. In den Jahren 1904 bis 1906 betrug der

Mitgliederzuwachs je 27 000, im Jahre 1907 aber bloß 9 000, so daß damit der höchste Stand von 192 000 Mitgliedern erreicht wurde. 1908 ging es aber wieder abwärts. In den einzelnen Quartalen 1908 war der Mitgliederstand um die folgenden Zahlen niedriger als im entsprechenden Quartal 1907: 1. Quartal 10 000, 2. Quartal 21 000, 3. Quartal 21 000, 4. Quartal 17 000. Daß an diesem Rückgang nur die Krise schuld war, zeigt sich daran, daß die Mitgliederzahl dort stabil blieb, wo die Krise geringen Einfluß hatte. Im Jahre 1909 ist es dann allgemein aufwärts gegangen, und so kann jetzt gesagt werden, daß der Verband die Krise gut überstanden hat.
Noch 1908 hatte er einen Kassensüberschuß von einer Million Mark, der allerdings 1909 wegen der gewaltigen Kämpfe auf 450 000 Mk. zurückging. Die Krankenunterstützungsausgaben sind rapid gestiegen. Folgende Zahlen bestätigen das. Es wurden hierfür ausgegeben pro Kopf und Jahr:
1904 0,81 Mk.
1905 0,88 „
1906 0,91 „
1907 1,45 „
1908 2,28 „
(Für 1909 wurden die Ziffern noch nicht bekanntgegeben. D. H.)

Die Ausgaben für die Kranken werden in Zukunft nicht geringer. Die Mitglieder erhalten nach ihrer Verbandszugehörigkeit größere Rechte, was ja nur sehr wünschenswert ist; aber damit wird der Krankenkassennet in Zukunft ganz bedeutend belastet. Es könne keine Rede davon sein, daß in Zukunft die Ausgaben für die Krankenunterstützungszwecke fallen; außerdem, es würden statutarische Änderungen vorgenommen werden.

Der Genosse Winnig gab als Redakteur den Bericht über den „Grundstein“. Er meinte mit Recht, der Kritik könne er mit Ruhe entgegensehen. Die Debatte über den Geschäftsbericht drehte sich viel um die Redaktion des „Grundstein“. Nach unserer Meinung geschah das mit Unrecht. Ist es denn so gefährlich, wenn in einem Gewerkschaftsblatt ein ehemaliger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter die Wirtschaftliche Rundschau bearbeitet? Weiter wurde die „schlappe Haltung“ der Redaktion gegenüber der Maffei 1909 kritisiert, ohne daß, aber hervorgehoben wurde, daß die Maurer bezüglich der Maffei immer Hervorragendes geleistet haben. Winnig hielt geradezu ein glänzendes Schlusswort; er hatte das Ohr des Hauses trotz der vorgerückten Stunde vollständig. (Am Montag dauerte die Sitzung bis 3 1/2 Uhr abends.) W. meinte, die Reberichter über Maffei mache er nicht mit, seine Kritik drücke er auch in Zukunft ab. Wenn er zur Maffei 1909 keinen immens beglückten Artikel brachte, so deshalb, weil die Maurer von der arbeitslosen Zeit her gerade noch genug hatten. Gegen diesen Grund konnte der Verbandsrat auch kein Wort einwenden. Nach unserer Meinung können die Maurer auf ihren „Grundstein“ recht stolz sein; das Blatt ist vorzüglich redigiert. — Wenn auf die Redaktionsberichte auf den Generalversammlungen heute zutage über haupt mehr eingegangen wird, so wird deshalb ohne weiteres zum Ausdruck gebracht, welche Bedeutung der Verbandspresse zugeschrieben wird.

Die Erwerbslosenunterstützung wurde beim Geschäftsbericht ebenfalls öfter erwähnt, besonders ein Berliner Delegierter legte sich dafür sehr ins Zeug. Der Verbandsrat wird natürlich die Einführung derselben nicht im entferntesten beschließen, aber es wird „Stimmung“ gemacht. Bömelburg sagte im Schlusswort unter der lebhaften Zustimmung des Verbandsrates:

Die Berliner Kollegen (Natürlich sind bloß die Maurer gemeint. Red.) erweisen wegen der wiederholt erhobenen Forderung über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung dem Verbandsrat einen schlechten Dienst. Immer wird dieses Problem aufgerollt, trotzdem jetzt dasselbe noch nicht zu verwirklichen ist. Nicht mit theoretischen Erörterungen wird diese Frage gelöst, die Praxis und die eigenartigen Berufsverhältnisse hätten die Maurer zu beachten. Was im Holz- und Metallarbeiterverbände durchführbar sei, könne nicht ohne weiteres auf die Organisation der Maurer übertragen werden. Dadurch, daß die Unterstützungsfreunde so hartnäckig ihre Forderung vertreten, ohne Rücksicht auf die Berufsart zu nehmen, wird unter den Verbandsmitgliedern die Uneinigkeit direkt gefördert.

Die eindrucksvollen Worte wurden mit großer Zustimmung aufgenommen. Diese Ausführungen können ohne weiteres auch auf die Verhältnisse des Steinarbeiterverbandes übertragen werden.

Was uns auf den Generalversammlungen besonders auffällt, ist, daß keine alkoholhaltigen Getränke serviert werden. Die Delegierten trinken Milch, Kaffee und Sauerbrunnen und die Debatten werden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die baugewerblichen Arbeiter sind und wollen keine Diplomaten sein. Aber die Diskussionsredner entwickeln in ihren Ausführungen eine gewisse Sicherheit, die nur erreicht werden kann durch die langjährige Tätigkeit in den Gewerkschaftsorganisationen.

Zur Erwerbslosenunterstützung.

Ein Vorschlag zur Erwerbslosen-Unterstützungsvorlage.
„Die Erwerbslosenunterstützung im Steinarbeiterverband undurchführbar“, so überschrieb Kollege Staudinger den Leitartikel in der Nr. 4. Nun glaube ich sehr gern, daß nicht nur den Segnern, sondern auch den Freunden der Unterstützungsvorlage eine gelinde Gänsehaut über den Rücken gelaufen ist, als sie die Kostenrechnung vor Augen hatten. Auch ich bin überzeugt, daß es im Eisenach geht, wie es der Erbschaftsteuervorlage im Reichstag erging. Was aber dann? Soll diese Frage auf Nimmerwiedersehen im Orkus verschwinden? Das kann und darf nicht geschehen. Es führen eben noch mehr Wege nach Rom, um die Erwerbslosenunterstützungsvorlage mit der Hilfsarbeiterfrage zu regeln. Die Zahlstelle Mannheim beauftragte mich vor Wochen, einen Vortragsüber die genannten Themen zu halten. Nach vielerlei Berechnungen kam ich zu dem Resultat, daß sich die Hilfsarbeiterfrage bei Ein-

führung der Erwerbslosenunterstützung nicht regeln läßt, wohl aber bei Einführung einer Erwerbslosenunterstützung. In einer Versammlung am 9. Januar habe ich meine Berechnungen den Mannheimer Kollegen unterbreitet. Daß diese genau waren, hat mir die Vortragsvorlage bewiesen. Nach Abzug der bei Krankheit, Streiks und Mahregelung bereits Unterstützten, zusammen mit 33,2 Prozent, weisen die Zahlen der Vortragsvorlage ganze 66 Arbeitslose mehr auf (9076 gegen 9010), die ich ruhig auf meine Vorlage übernehmen kann.

Vorausgeschickt will ich, daß ich mit 17 000 Mitgliedern gerechnet habe, und ich halte das für richtig.
Im Berichtsjahr 1908 wurden veranlagt: 700 023 Beitragsmarken, 146 949 Erwerbslosenmarken, dividiert durch 52 Wochen ergibt 17 614 Mitglieder. Die Mitgliederzahl vom zweiten Quartal 1909 ergab 17 844 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach meinen Berechnungen auf rund 17 000 Mitglieder 53,2 Prozent. Diese verteilen sich wie folgt. Es waren arbeitslos:
1 Woche 1097 Kollegen
2 Wochen 1283 „
3 „ 1053 „
4 „ 780 „
5 „ 535 „
6 „ 663 „
7 „ und darüber . . . 3665 „
Insgesamt 9076 Kollegen

Der steigenden Tendenz der Not, mit der Dauer der Arbeitslosigkeit folgend, legte ich nachstehende Unterstützungssätze zugrunde: Die „Arbeitslosenunterstützung“ wird gewährt von der zweiten Woche (8. Tag) ab auf die Dauer von 6 Wochen und beträgt in der

1. Unterstüttungswoche: pro Tag 0,50 Mk., pro Woche 3,00 Mk.
2. „ „ „ „ „ 0,60 „ „ „ 3,60 „
3. „ „ „ „ „ 0,70 „ „ „ 4,20 „
4. „ „ „ „ „ 0,80 „ „ „ 4,80 „
5. „ „ „ „ „ 0,90 „ „ „ 5,40 „
6. „ „ „ „ „ 1,00 „ „ „ 6,00 „

Dies gilt für alle Klassen gleichmäßig, da ich auch einen gleichmäßigen Arbeitslosenbeitrag vorgelesen habe.
Die Jahresausgabe wird sich folgendermaßen gestalten:
1097 Kollegen, eine Woche arbeitslos, scheiden aus.
1283 „ „ 2,00 „ = 2566,00 „
1053 „ „ 3,00 „ = 3159,00 „
780 „ „ 4,00 „ = 3120,00 „
535 „ „ 5,00 „ = 2675,00 „
663 „ „ 6,00 „ = 3978,00 „
3665 „ „ 27,00 „ = 99015,00 „
9076 Kollegen 140 646,80 Mk.

Als vorhanden für diese Ausgabe sind 17 000 Mk. Wanderunterstützung zu betrachten. Es bleiben durch Beiträge zu deduzieren: 123 646,80 Mk.

Das macht pro Mitglied und Woche 14 Pfg., aufgerundet 15 Pfg. Pro Jahr also 7,80 Mk. Die Jahresermahne stellt sich folgendermaßen:
Beiträge 132 600 Mk.
Wanderunterstützung . . . 17 000 „
Zinsen 4 620 „
Zusammen 154 220 Mk.
Einnahme 154 220,00 Mk.
Ausgabe 140 646,80 „
Reibt Bestand . . . 13 573,20 Mk.

Das ist allerdings kein großer Reservefonds, aber er reicht aus, um Schwankungen zu decken, da die Arbeitslosenziffern aus der Zeit der stärksten Krise datieren.
Eine Erhöhung der Unterstützungssätze habe ich auch nicht vorgelesen für die Dauer der längeren Mitgliedschaft; da ich wiederum überzeugt bin, daß unsre Arbeitslosen mit dem Erwerblichen zufrieden sein werden. Ebenfalls habe ich den Unterschied, den die Arbeitslosenstatistik in den einzelnen Branchen unsres Berufes heute noch zeigt, wer weiß wie lange noch, nicht mit sprechen lassen. Nicht, daß ich das Bild gefürchtet habe, ich kenne die Zahlen. Aber im Interesse eines gezielten Zusammenarbeitens halte ich es nicht für opportun. Ich halte es auch nicht für gut, wenn bei einer solchen Frage gleich mit dem Prozentrechnen operiert wird.
Die Ausführungsbestimmungen aus der Vorlage des Verbandes wären im allgemeinen zu akzeptieren.

Nun zur Hilfsarbeiterfrage. Seit Wochen kann man die widersprechendsten Ansichten in dieser Frage hören. Zeit steht, daß Erwerbs- bzw. Arbeitslosenunterstützung kein Zugmittel von agitatorischer Bedeutung bilden wird, weil die Hilfsarbeiter nicht an die Steinindustrie gebunden sind wie die gelernten Steinmehnen. Aber wir müssen eine niedrigere Klasse für die Hilfsarbeiter einführen; da wir die Hilfsarbeiter in zukünftigen Kämpfen sehr notwendig gebrauchen, so haben wir auch die moralische Pflicht, diese Arbeitsbrüder nicht im Elend versinken zu lassen. Anders als mit der Erwerbslosenunterstützung verhält es sich mit dem Krankengeldzuschuß. Dieser kommt auch den Hilfsarbeitern zu und ist bei ihrer Gewinnung von hohem agitatorischen Wert. Wir werden ihnen auch bei niedrigen Beiträgen nicht mehr bieten können. — Es bleibt also nichts übrig, als die Mitglieder einer niedrigeren Beitragsklasse von neu zu schaffen. Unterstützungseinrichtungen auszuschießen. Wer derselben teilhaftig werden will, muß in eine höhere Beitragsklasse eintreten.
Ich mache daher den Vorschlag: „Der Verbandsrat 1910 beschließt eine niedrigere Beitragsklasse von 25 Pfg. pro Woche einzuführen und die 10-Pfg.-Krankenkasse kommt da noch hinein. Mit diesem 35-Pfg.-Beitrag ist den Hilfsarbeitern Gelegenheit geboten, sich zu organisieren und in den eventuellen Genuß unsrer seitherigen Unterstützungseinrichtungen zu treten. Die Unterstützung im Falle des Streiks wäre entsprechend dem Beitrag festzusetzen. Die Staffelung läßt sich wohl leicht finden. Auch die Wanderunterstützung müßte für diese 4. Klasse beibehalten werden, doch wird diese Ausgabe nicht groß sein.“
Weiter mache ich den Vorschlag, die „Arbeitslosenunterstützung“ für die drei seither bestehenden Beitragsklassen obli-

vorläufig einzuführen; der Wert der Erwerbslosenmarke ist von 10 auf 25 Pfg. zu erhöhen.

Wir würden also in Zukunft folgende Beitragsklassen erhalten:

1. Klasse	70 Pfg.
2. "	65 "
3. "	60 "
4. "	55 "

Es ist dies die einzige Möglichkeit, beiden Teilen gerecht zu werden, und trotzdem die Agitation auch in unseren Berufskreisen nicht zu unterbinden.

Kollegen, ich veröffentliche diese meine Vorschläge in der festen Überzeugung, der Gesamtheit und der Organisation damit zu dienen, mögen sie die Beachtung finden, die solche ernste Fragen in Arbeiterorganisationen verdienen.

Mannheim. Max Arnold.

Die Erwerbslosen-Unterstützung im Steinarbeiter-Verband — durchführbar.

Nachdem von der Redaktion unseres Fachblattes die Parole der Undurchführbarkeit der Erwerbslosenunterstützung in die Reihen der Mitglieder geschmettert wurde und der Grabgesang, welchen der Zentralvorstand seiner Vorlage mit auf den Weg gab, das übrige tat, um das schwache Lebenslicht des Neugeborenen gar nicht erst aufblenden zu lassen, wird es den Freunden der Erwerbslosenunterstützung allerdings schwer fallen, sich wieder Gehör zu verschaffen. Nichts ist irriger als die Annahme, daß die Vorlage selbst eine niederzuschmetternde Wirkung auf uns ausübt hätte; waren wir uns doch der Schwierigkeit der Einführung dieses Unterstützungszweiges bewußt.

Durch das Zahlenmaterial der Zentrale ist lediglich erwiesen, daß die Hindernisse, welche der Durchführbarkeit entgegenstehen, größere sind, als im allgemeinen angenommen wurde. Doch das ist auch alles. Die Durchführbarkeit ist durch die Vorlage erwiesen — und seit wann sind Hindernisse bestimmend, unsern Fortschritt auf irgendeinem Gebiete zu hemmen. Mit der „theoretisch-warmen Anhängerchaft“ der Redaktion kommen wir keinen Schritt weiter, sondern nur durch energisches Handeln, durch ein Umkehren der Theorie in die Praxis.

Untersuchen wir nun die Gründe gegen die Einführung. Zunächst die Höhe der Beiträge. Bei der Festsetzung derselben mußte Rücksicht genommen werden auf die heranzuziehenden Hilfsarbeiter. Gewiß, doch eine Grenze nach unten in der Höhe von 40 Pfg. erscheint uns als ein Entgegenkommen, welches den wenig verdienenden Kollegen gegenüber seine günstige Wirkung nicht verfehlen wird. Schwerer wird es uns fallen, den Mehrverdienenden die höheren Beiträge schmachtend zu machen. (Aha! Von der Redaktion unterstrichen.) Doch das sei die Strafe für unsere Unterlassungssünden, den Beitrag nicht zu den gegebenen Zeiten mit den Arbeitsverdiensten in Einklang gebracht zu haben. Die vorgeschlagene Beitragsstaffelung trägt lediglich den verschiedenen Verdiensthöhen Rechnung, noch keineswegs dem „Schlagwort“ von der Abwälzung der größeren Lasten auf die stärkeren Schultern. Das „Schlagwort“ kann doch nur so aufzufassen sein, daß die Rechte innerhalb eines Gemeinwehens die gleichen sind (wie z. B. bei unserer jetzigen Krankenunterstützung, welche trotz der verschiedenen Beitragsklassen gleichhohe Unterstützungssätze vorsieht), während die Differenz zwischen Leistung und Gegenleistung dem Mehrverdienenden auferlegt ist. Die Vorlage legt aber in aller Deutlichkeit dar, daß die Masse der Minderverdienenden trotz der niedrigen Beiträge in der Hauptsache die Träger der Erwerbslosenunterstützung, die Mehrverdienenden mit den höheren Beiträgen dagegen vornehmlich die Nutznießer derselben sein werden. Dieser Umstand wäre an sich völlig belanglos, wenn nicht der Zentralvorstand hieraus einen direkten Gegensatz zwischen Trägern und Nutznießern konstruiert hätte, indem er die Gesamtheit sorgfältig in einen Kampf- und einen Unterstützungs-fonds scheidet. Die hierauf aufgebaute Folgerung des Zentralvorstandes: „Beitragserhöhung und Verringerung des Kampffonds“ ist eine irrtümliche, das Wesen der Erwerbslosenunterstützung in ein falsches Licht zu stellen und insolgedessen in Mißkredit zu bringen. Soweit die Erwerbslosenunterstützung nämlich Erwerbslosen zuteil wird, ist sie zum großen Teil dem Kampffonds (um mit der Zentrale zu reden) zuzuschreiben. Sind es doch in erster Linie die Verbandsapostel, welche wieder und immer wieder mit Arbeitslosigkeit bedacht werden. Das Elend, welches diese bisweilen durchzukosten haben, hält andere Kollegen ab, sich ebenso organisatorisch zu betätigen wie diese. Auch leuchtet es ohne weiteres ein, daß ein unterstützter Arbeitsloser dem Unternehmer gerüsteter gegenübersteht und zur Unterarbeitsarbeit usw. nicht so leicht geneigt ist als ein Ununterstützter. Wie schwer hält es, die Maßregelungsunterstützung flüssig zu machen — und wie leicht fällt einem Teil Kollegen die Krankenunterstützung in den Schoß, besteht auch seine ganze organisatorische Tätigkeit nur in der Bezahlung der Beiträge. Wir haben diesen Vergleich nur angezogen, um den Kampfescharakter der Erwerbslosenunterstützung hervorzuheben. Im übrigen ist schon soviel über die Zweckmäßigkeit der Erwerbslosenunterstützung geredet und geschrieben, daß auch unsere Zentralinstanzen von der Notwendigkeit der Einführung überzeugt sein könnten.

Nun zu den allgemeinen Bestimmungen. Eine derselben muß unbedingt geändert werden, soll die Vorlage (vorausgesetzt daß sie nur scheintot ist) nicht selbst ihren entzündlichsten Freunden als Mißgeburt erscheinen — das ist die Karenzzeit nach der Ausbeuerung. Hier sollte insofern eine Erleichterung eintreten, daß von den 52 erst wieder zu entrichtenden Beiträgen nur 26 volle zu sein brauchen. Die hierdurch entstehende Mehrausgabe wird gedeckt durch die erheblich geringeren Anforderungen, welche in normalen Zeiten an die Rasse gestellt werden. Denn wie die einjährige Anschwellung der Ausgabe der deutschen Zentralverbände an Arbeitslosenunterstützung von 4 auf 8 Millionen nur eine Begleiterscheinung der Krise war (dies Krisenjahr jedoch für unsere Berechnungen zugrunde gelegt ist), so ist auch zu erwarten, daß die Ausgaben für diesen Zweck mit dem Schwinden der Krise wieder zurückgehen werden. Auch die „scharfe“ Kontrolle, welche in den Ausführungsbestimmungen vorgesehen ist, wird aus so mancher jetzt „erwerbslosen“ Woche eine „volle“ machen.

Im großen Ganzen sind wir mit der Vorlage einverstanden. Vieles wird sich auf irdlichem Wege noch verbessern lassen durch „größere Belastung der starken Schultern“ zugunsten der Minderverdienenden. Ferner durch Anpassung bereits bestehender örtlicher Unterstützungsrichtungen an die zentrale Erwerbslosenunterstützung in Form von Zuschüssen oder durch Verlängerung der Bezugszeit. Die Hauptsache ist, daß erst einmal der Anfang gemacht wird, auf dem dann weiter gebaut werden kann. Nicht am Können liegt es — sondern am Willen.

Berlin. E. W.

Erwiderung.

Die zwei Artikel zwingen uns zu einer kurzen Erwiderung. Ohne große Ausführungen machen zu wollen sei erklärt, daß die Vorschläge des Kollegen Arnold, auch wenn sie noch so gut gemeint sind, undurchführbar genannt werden müssen. A. will die Arbeitslosenunterstützung um jeden Preis einführen, er übersteht aber dabei, daß damit der Verband in seiner Ausbreitung übermäßig gehemmt werden würde. Die Beiträge sollen in den drei bestehenden Klassen durchweg um 15 Pfg. pro Woche erhöht werden, wir erhalten also Beitragsstaffelungen von 60, 65 und 70 Pfg. Das sieht sehr nett aus, aber praktisch sind die Vorschläge nicht zu nennen. Die Staffelung ist

willkürlich — und zwar insoweit, weil auf die verschiedenartigen Löhne unserer Verbandskollegen absolut keine Rücksicht genommen würde. Arnold weiß doch ganz genau, daß in den meisten Bruchdistrikten, hauptsächlich in der Granitbranche, geradezu erbärmliche Löhne bestehen und da sollen wir mit dem 60- und 65-Pfg.-Beitrag noch Neuaufnahmen machen können. Im Bayrischen Wald steht der Stundenlohn der Steinmensen auf 35—38 Pfg., im Fichtelgebirge ist derselbe kaum höher. Allerdings die großstädtischen Kollegen kämen mit der Arnoldschen Skala ganz gut weg. Wir wollen bloß auf Mannheim verweisen. Dort beträgt der Stundenlohn in den drei Klassen (siehe Tarifvertrag vom 26. März 1908) 60, 65 und 70 Pfg. Ja, da ist der Beitrag von 70 Pfg., wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden sollte, doch mit Leichtigkeit zu erheben. Kollege Arnold will die schwachen Schultern enorm belasten, die besser Entlohnerten sollten da weniger getroffen werden. Ist das nicht höchst ungerecht? Um recht deutlich zu sein, wollen wir folgendes betonen: Wenn in Eisenach der Vorschlag Arnolds Annahme finden würde, dann ist es gut, wenn gleich etliche Gauleiterposten eingezogen werden, mit dem Mannheimer wäre aber dann der Anfang zu machen. — Sollen denn die in Aussicht genommenen Unterstützungs-sätze agitatorisch wirken? Glaubt man denn, daß damit vielleicht im Mannheimer Gausgebiet die Mitgliederzahl gestärkt werden könnte? Kollege Arnold sät ja selbst in der Gauleitung; sind ihm denn noch keine Bedenken darüber gekommen, daß sein Vorschlag eine Herabsetzung der Zahl der Verbandsmitglieder bedeuten würde? — Mit dem Wort „Solidarität“ ist es eben noch nicht getan. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter bewährt sich glänzend, wenn den Unternehmernbrutalitäten gegenübergetreten werden muß, wenn politische Maßregeln u. s. f. zu erwarten sind. Wenn aber innerhalb einer Organisation auf die Dauer finanzielle Leistungen in Frage kommen, so tritt eine merkliche Ermüderung ein. Das sagt ja Kollege E. W. in seinem Artikel: „Die Erwerbslosenunterstützung im Steinarbeiterverband durchführbar“ sehr nett, indem er meint:

Schwerer wird es uns fallen, den Mehrverdienenden die höheren Beiträge schmachtend zu machen.

Diese Äußerung besagt genug, aber E. W. hat damit eigentlich nur eine Dingenwahrheit ausgesprochen. — Die Unterstützungs-freunde mögen doch festhalten, daß ein großer Teil unserer Verbandsmitglieder eben zu stark von der Arbeitslosigkeit heimgesucht wird. Wir haben ja darauf im Leitartikel der Nr. 4 Bezug genommen, indem wir doch deutlich genug schrieben:

Wenn die Kollegen aus der Sandsteinbranche allein die Erwerbslosenunterstützung einführen wollten, dann müßte der Beitrag der ersten Klasse (um 5.40 Mk. pro Woche beziehen zu können) weit über 1 Mk. betragen. In den Großstädten möchte günstigenfalls eine solche Erhöhung durchführbar sein, aber nie in Bruchgebieten. — Wenn aber weiter angenommen wird, daß in Zukunft die Granitarbeiter genau so arbeitslos werden wie die Sandsteinarbeiter (Wir glauben an eine solche Befürchtung nicht. Redaktion), dann ist in unserm Verband die Einführung der Erwerbslosenunterstützung erst recht unmöglich. Das möchten wir für zukünftige Debatten schon als Formel aufstellen. — Trotzdem in den letzten Jahren die Granitarbeiter im Verband sehr ansehnlich zunahm, konnte die allgemeine Quote der Arbeitslosigkeit kaum merklich herabgedrückt werden, weil eben die Arbeitslosigkeit der Sandsteinarbeiter immer größer wurde.

Sehr bedenklich ist es, wenn Arnold vorschlägt, die Organisierung der Hilfsarbeiter so zu lösen, daß denselben die Arbeitslosenunterstützung nicht gewährt wird. In der Praxis läuft das darauf hinaus, Mitglieder 1. und 2. Güte zu schaffen. Man wird damit unbewußt den Unterschied zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern hervorheben. Und das, was wir mit der Organisierung der Hilfsarbeiter bezwecken wollen, würde durch Arnolds Vorschlag ja zunichte werden. Vor einer solchen graduellen Unterbrechung möchten wir dringend warnen. Ja, das wäre eher ein Wort gewesen, wenn gesagt worden wäre: Wir, die wir 60, 65, 70, 75 und 80 Pfg. Stundenlohn haben, leisten einen dementsprechenden höheren Beitrag, damit auch den Hilfsarbeitern die eine Unterstützung zuteil wird. Aber davon hört man nichts!

Ueber die rechnerische Aufstellung der Arnoldschen Vorlage wären ja etliche Einwendungen zu machen, aber was spielen bei einem Voranschlag von 140 000 Mark etliche Tausend Mark mehr oder weniger eine Rolle. Und das Exemplar, das schließlich vor zwei Monaten aufgestellt wurde, entspricht heute schon nicht mehr der Wirklichkeit. Wir verkennen gewiß nicht, daß sich Kollege Arnold bemüht, dem Verband mit seinen Vorschlägen einen Dienst zu erweisen. Aber der von ihm markierte Weg führt noch lange nicht nach Rom. Kollege Arnold wird ja in den nächsten Tagen auf der Mannheimer Gaukonferenz über das Thema: Hilfsarbeiterfrage und Arbeitslosenunterstützung referieren. Wenn er aber mit seinem unterstützungs-freundlichem Vorschlag durchdringen will — dann muß er nachweisen können, daß die Arbeitslosigkeit nicht so enorm ist, als wie das in den berufsstatistischen Erhebungen zum Ausdruck kommt. Und diesen Versuch kann kein Mensch unternehmen.

Konsequenter in seinen Ausführungen ist Kollege E. W. — Er meint, die Zentralvorstandsvorlage müsse „gelesen“ werden. Diese Stellungnahme läßt sich aus Gründen der — Logik schon eher hören. Aber E. W. führt in seinem Artikel mit großer Virtuosität nur die Gründe an, welche für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung sprechen. Warum denn eine so wichtige Frage in so einseitiger Weise behandeln? Gewiß, die großstädtischen Kollegen sind an der gedachten Unterstützung am meisten interessiert, ihnen würde ja der Vötenanteil bei der Auszahlung auch zufallen. Aber weil diese Tatsache unzulänglich feststeht, deshalb mußte von den Polemikern auch ein bißchen auf die ländlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Und das ist leider nicht geschehen. Kollege E. W. meint lakonisch:

„Die Durchführbarkeit ist durch die Vorstandsvorlage bewiesen.“ Dieser Satz hat etwas „blendendes“ für die Mitglieder. Wir könnten uns in der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung keinen — Zentralvorstand denken, der schließlich eine Vorlage aufstellen würde, die „ahlengemäß“ nicht durchführbar wäre. Unser Zentralvorstand hatte doch den Auftrag, Material über den Grad der Arbeitslosigkeit zu sammeln und dem kommenden Verbandstag eine Vorlage vorzulegen. Und wenn Kollege E. W. damals in Kassel den Antrag gestellt hätte, bei der auszuarbeitenden Vorlage seien die niedrigsten Unterstützungs-sätze auf 7—8 Mark pro Woche zu bemessen, so hätte dieser Wunsch auch berücksichtigt werden können. Damit wäre zudem auch bewiesen (nach der Meinung E. W.), daß die Vorlage durchführbar sei, welche noch höhere Unterstützungssätze vorsieht.

Die Erwerbslosenunterstützung hat mit der Unterstützung Gemahregelter absolut nichts gemein. Wer gemahregelt ist, will zum mindesten eine finanzielle Entschädigung haben, welche so hoch ist wie die Streikunterstützung. Und das kann der betreffende mit Recht verlangen. — Kollege E. W. schließt seinen patriotisch gehaltenen Artikel: „Nicht am Können liegt es — sondern am Willen.“ Ja wenn es bloß am „Willen“ läge, dann würde sich der Verbandstag um das eingelegte veto des Zentralvorstands herzlich wenig kümmern. Und mit Recht. — Der Verbandstag würde dann ohne weiteres sagen, die Sache wird gemacht. Aber bis zum Verbandstage werden auch die Unterstützungs-freunde immer nüchterner denken lernen und in Eisenach wird man sagen, ja der Vorstand hat mit seiner ablehnenden Haltung im Einvernehmen der Mitglieder gehandelt. — Eine Bitte möchten wir noch aussprechen! Die Unterstützungs-freunde möchten bei ihren Einwendungen darauf hinweisen, ob sie

glauben, daß mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung noch Mitglieder zu gewinnen sind. Aber bitte! kein Wenn und Aber. Vielleicht nimmt darauf auch in Mannheim Kollege Arnold Bezug.

Im übrigen verweisen wir auf den Artikel an erster Stelle des Blattes, sowie auf die kurze Darstellung über den öster-reichischen Steinarbeiterverband, siehe Beilage. Auch die Artikel über die deutsche Schieferindustrie werden gezeigt haben, daß die Hilfsarbeiterfrage geregelt werden muß, unbekümmert um die Lösung des Problems der Erwerbslosenunterstützung.

Die Redaktion.

„Gewöhnung an die Unfallfolgen.“

G. Belanntlich trachten die Berufsgenossenschaften danach, die „kleinen Renten“ möglichst in Wegfall zu bringen. Auch der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung nimmt zu dieser in den letzten Jahren lebhaft erörterten Frage Stellung. Von einer grundsätzlichen Beseitigung der kleinen Renten, wie sie natürlich schon vielfach — namentlich im preussischen Unter-parlament — befürwortet ist, sieht die Vorlage zwar ab; jedoch hofft man auf anderem Wege auch zum Ziele zu gelangen.

Die §§ 654 und 655 der Reichsversicherungsordnung gehen von dem Gedanken aus, daß Folgen eines Unfalles, die mit Renten bis zu 20 Proz. entschädigt werden, vielfach in einer von vornherein übersehbaren Zeit durch „Anpassung und Gewöhnung“ in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wegfallen oder sich doch wesentlich mildern. In solchen Fällen läßt der Entwurf zu, daß bei der ersten Feststellung die Rente von vornherein nach der voraussichtlichen Dauer der Einbuße an der Erwerbs-unfähigkeit nur auf eine bestimmte Zeit bewilligt wird. Bleibt dann entgegen der Voraussicht über diese Zeit hinaus eine meßbare Einbuße an der Erwerbsfähigkeit als Folge des Unfalles zurück, so steht es dem Verletzten frei, die fernere Gewährung der Rente zu verlangen. Um weiter dem Bezuge der Unfallrente neben dem Bezuge des vollen Lohnes, wie ihn der Verletzte ohne den Unfall beziehen würde, entgegenzuwirken, sieht der § 704, Ziffer 2, für solche Fälle und für die Zeit, solange das zutrifft, insoweit ein Ruhen der Rente vor, da dann der Verletzte durch die Folgen des Unfalles in seinem Erwerbe nicht geschädigt sei. In ähnlicher Weise sieht der § 704, Ziffer 3, dem entgegenzutreten, daß der Rentenempfänger auf Kosten der Berufsgenossenschaft geeignete Gelegenheit zu Lohnarbeit ohne triftigen Grund unbenutzt läßt. Auch in solchem Falle ruht die Rente insoweit, als sie zusammen mit dem veräumten Verdienste den Lohn übersteigt, den der Rentenempfänger ohne den Unfall beziehen würde. Dies sind ausnahmslos Verschlechterungen gegenüber dem heutigen Rechte. Als weitere Verschlechterung ist dann noch zu erwähnen die Kapitalabfindung für Renten bis zu 20 Proz., die ohne Antrag des Verletzten vorgesehen. Heute kann die Abfindung nur auf Antrag des Verletzten erfolgen. Ebenso darf die Rente nicht höher wie 15 Proz. sein.

Trotzdem die Reichsversicherungsordnung noch keine Gesetzeskraft erlangt hat und auch noch gar nicht voranzusehen ist, ob und wann sie zum Gesetz erhoben wird, so müssen die Verletzten unter den jetzigen Unfallversicherungsgesetzen ebenfalls ihren Augenblick mit der Kürzung oder Entziehung der „kleinen Renten“ rechnen. Hierfür kommt heute der § 88 des Gewerbe-unfallversicherungsgesetzes in Betracht. Der Absatz 1 desselben lautet: „Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweite Feststellung erfolgen.“ Die Anwendbarkeit des § 88 ist bei Verletzten namentlich dann gegeben, wenn deren Gesundheitszustand, soweit er mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang steht, in einem die Erwerbsfähigkeit beeinflussenden Maße sich bessert oder verschlimmert. Die Besserung muß ferner eine für die Erhöhung der Erwerbsunfähigkeit wesentliche sein. Für die Anwendung des § 88 bildet aber keine Grundlage der Umstand, daß ein in seiner Erwerbsfähigkeit tatsächlich geschädigter Verletzter in einer anderen Stellung ein höheres Einkommen als in dem Betriebe bezieht, in welchem er verunglückte. Bei der schwebenden Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamtes sucht man mit der Höhe des Lohnes natürlich immer die etwaige Kürzung oder Entziehung zu rechtfertigen.

Ebenso spielt der Begriff „Gewöhnung an die Unfallfolgen“ eine große Rolle. Während im Jahre 1908 die Sektion I der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu Hannover bereits eine Zusammenstellung von Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes über Finger- und Augenverletzungen mit Gegenüberstellung der betreffenden Schiedsgerichtsurteile herausgegeben hat, ist jetzt im Verlage der Firma E. Schwamm in Düsseldorf vom dortigen Landes-Medizinalrat, Professor Dr. Liniger in Düsseldorf, eine Zusammenstellung von Finger- und Handverletzungen nach den neuesten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes erschienen.

In seiner Einleitung betont der Herr Professor, daß eines der wichtigsten Kapitel in der Unfalljurisprudenz die Art der Behandlung von Verletzungen der Arbeiterhand bilde. Finger- und Mittelhandverletzungen bildeten über 40 Prozent der gemeldeten Unfälle, bei einzelnen Berufsgenossenschaften, z. B. bei den Holzberufsgenossenschaften ist dieser Prozentsatz noch weit höher. Für die Folgen derartigen Hand- und Finger-verletzungen würden nun ständig außerordentlich hohe Renten-beträge bezahlt, z. B. von der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft allein pro Jahr 500 000 Mark, bei den Rheinischen Berufsgenossenschaften zusammen annähernd wohl das Zehnfache. Wieviele dieser Unfälle auf mangelhafte Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen sind, ist aus der genannten Broschüre nicht zu ersehen. Nachdem die Behandlung usw. der Finger- und Armverletzungen einer Betrachtung unterzogen, kommt Prof. Liniger dann auch auf die Gewöhnung an die Folgen derartigen Finger- und Handverletzungen zu sprechen. Durch Gewöhnung soll im Laufe der Zeit eine ganz erhebliche Hebung der Gebrauchsfähigkeit der Hand eintreten. Die Unfallfolgen frühzeitig als dauernd zu bezeichnen, möge der Arzt in seinem Gutachten vermeiden.

Der Herr Professor betont, daß er im Laufe der letzten Jahre Tausende von alten Finger- und Handverletzungen untersucht und begutachtet, und bei selbst erheblichen Verwundungen und wesentlichen Versteifungen wichtiger Finger eine derartige Gewöhnung habe feststellen können, daß die Leute ihre frühere Arbeit, es waren selbst höher ausgebildete Arbeiter, wie Tischler, Schlosser, Schmiede, ferner Frauen darunter, ohne jede Minderung der Arbeitsfähigkeit verrichten konnten. Diese Verletzten sollen bei Ausübung der früheren Arbeit denselben Lohn wie vor dem Unfall, sogar zum Teil einen wesentlich höheren verdient haben. Ein verlorenes Daumenglied, ein verllorener Mittel-, Ring- oder Kleinfinger, hatten nach Ansicht des Professors dauernd keinen wesentlichen Nachteil zur Folge, ebenso sei selbst bei Verlust von Zeigefinger und von Ring- und Grundglied des Daumes, sowie von Verlust mehrerer Finger eine völlige Ausheilung der Gebrauchsfähigkeit beobachtet worden. Die Schiedsgerichte wie auch das Reichs-versicherungsamt nehmen nun immer mehr den Eintritt einer wesentlichen Besserung infolge „Gewöhnung“, namentlich beim Verlust von Fingern resp. Fingergliedern an. Diese Art Rechtsprechung bezeichnet der Herr Professor als eine durchaus richtige und einwandfreie. Denselben Standpunkt nehmen heute leider eine ganze Anzahl Gerichte ein, namentlich solche, die in ihrer Eigenschaft als Vertrauensärzte beim Schiedsgerichte gleichzeitig noch als Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften fungieren.

In welcher Weise nun die Rentenentziehungen vorgenommen werden, darüber einige Beispiele: Einem Tagelöhner entzog das Reichsversicherungsamt für den Verlust des rechten

Ringfinger der Rechte, da angenommen werden müßte, daß gegenwärtig vollkommene Anpassung und Gewöhnung an den veränderten Zustand eingetreten und die sonst von dem Ringfinger geleistete Arbeit von den anderen Fingern der rechten Hand übernommen worden ist. Den Verlust des Kleinfingers der rechten Hand hatten u. a. ein Maschinenbauer, ein Dreher, ein Hilfsarbeiter, eine Frau usw. zu beklagen, und in allen diesen Fällen erfolgte nach kürzerer oder längerer Zeit die Entziehung der Rechte. Ebenfalls erfolgte die Aufhebung der Rechte beim Verlust des linken Ringfingers eines Holzbildhauer, Tischler, Eisendreher usw. gegenüber. Nach kurzer Zeit erfolgte beim Verlust des Kleinfingers der linken Hand die Entziehung der Rechte bei einem Schlosser, Dreher, Tischler usw., also alles qualifizierte Arbeiter. Heute will man beim Verlust des Kleinfingers der linken sowie auch der rechten Hand, ebenso des linken Ringfingers Rechte überhaupt nicht mehr gewähren. Die Gewöhnung an den Zustand wurde weiter noch angenommen bei einem Dreher und Zimmerer, die den linken Mittelfinger eingebüßt und dafür eine Zeitlang Rechte bezogen hatten. Ein Schlosser und Kreisjägearbeiter hatten am rechten Mittelfinger den Verlust von je zwei Gliedern zu beklagen. In beiden Fällen erfolgte die Aufhebung der Rechte. Selbst beim Verlust von zwei Gliedern des rechten, sowie des linken Zeigefingers entzog das Reichsversicherungsamt die Rechte einem Klempner, Arbeiter, Tischler, Dreher usw. Das erste Glied des rechten Daumens hatte ein Maurer eingebüßt. Bei ihm wurde Gewöhnung angenommen und somit die Rechte entzogen. Dasselbe geschah einem Zimmerer, Maschinenarbeiter und Schlosser gegenüber beim Verlust des ersten Glieds des Daumens der linken Hand.

In welcher Weise die Berufsgenossenschaften heute vorgehen, dafür zum Schluß noch ein Beispiel: Ein Arbeiter hatte sämtliche Finger bis auf den Daumen der rechten Hand eingebüßt. Hierfür bezog er eine Rente von 60 Prozent, die ihm laut Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 11. März 1907 um 10 Prozent, also bis auf 50 Prozent, gekürzt wurde. Es wurde angenommen, daß der Kläger sich in wesentlichem Umfang an die Unfallfolgen „gewöhnt“ habe. So sehen wir leider, wie die „angenommene Gewöhnung“ immer mehr bei den Rentenzuzugewinn und -Entziehungen herhalten muß. Aufgabe des Reichstags wird es sein, beim Wiedereinbringen der Reichsversicherungsordnung darauf zu achten, daß die Rechtsprechung anstatt noch mehr verächtlicht, eine Verbesserung erfährt.

Die Wiener Ärzte für Arbeiterschutz.

a. k. Die österreichische Regierung hat einen Gesetzentwurf betr. Änderung des § 74 der Gewerbeordnung ausgearbeitet, der, entsprechend dem in § 120 e der deutschen Gewerbeordnung dem Bundesrat erteilten Befugnis, dem Handelsministerium das Recht geben soll, hinsichtlich einzelner Arten von gefährlichen oder gesundheitschädlichen gewerblichen Einrichtungen Schutzvorschriften zu erlassen. Der Handelsminister soll auch die Befugnis erhalten, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern in Gewerben, in denen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, die Länge der täglichen Arbeitszeit festzusetzen. Da diese Befugnisse, in anderen Ländern längst durchgeführte Verbesserung des Arbeiterschutzes in den Kreisen der Unternehmer auf hartnäckigen Widerstand gestoßen ist, hat die sehr angesehenen Gesellschaft der Ärzte in Wien in einer Eingabe an Regierung und Parlament Stellung zugunsten der Vorlage genommen und zugleich die weitergehenden Forderungen der medizinischen Wissenschaft dargelegt. Die Denkschrift ist in Nr. 3 der Wiener klinischen Wochenschrift abgedruckt.

Das Schriftstück rügt die allgemeine Rückständigkeit des österreichischen Arbeiterschutzes, verlangt dessen Ausdehnung auch auf das Klein- und Handwerk und wünscht, daß neben den Unternehmerkammern auch der oberste Sanitätsrat vor dem Erlaß von Verordnungen solcher Art gehört werde. Es bemängelt, daß der Entwurf nur von einzelnen Einrichtungen, die durch Vorschriften zu regeln sind, spricht, da es doch ganze Gewerbe gibt, die wegen einer Gefährlichkeit eine Regelung erheischen (Weißbleichfabrikation, Verarbeitung von Rohhaare usw.). Es hebt hervor, daß zwar die Regierung und in begrenztem Maße auch die Unterbehörden im Unternehmerinteresse einzelne Schutzbestimmungen betr. der Arbeitszeit sollen außerhalb Kraft setzen können, daß ihnen aber kein Recht eingeräumt wird, dem besonderen Bedürfnis einzelner Arbeitergruppen nach Schutz der Gesundheit durch Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit zu entsprechen.

Im einzelnen wird dargelegt, welche Betriebszweige in besonderem Maße eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordern: 1. solche, in denen mehrere schädigende Ursachen zusammenwirken, so Hüttenwerke (Anfrischung, Hitze, Nachtarbeit), Verarbeitung giftiger Stoffe (Leinwandindustrie, Gemische Fabriken verschiedener Art). „Je kürzer hier die Arbeitszeit ist, um so geringer die Menge des täglich aufgenommenen Giftstoffes, um so größer die Möglichkeit für den Organismus, durch Ausscheidung der geringeren Giftmengen deren Anhäufung im Körper zu verhindern. Dasselbe gilt von allen Betrieben und Einrichtungen, bei denen der Arbeiter größere Mengen Staubes einatmen gezwungen ist, z. B. Metallschleifereien, Steinmetzbetriebe.“ 2. Einrichtungen mit besonderer Unfallgefahr (z. B. Steinbrüche), da Untersuchungen gezeigt haben, daß eine längere Arbeitszeit zu ungenügender Pflanzung von Unfällen führt.“ 3. Betriebe, auch kleingewerblicher Art, bei denen übermäßig lange Arbeitszeit, vielfach unter besonders ungünstigen Bedingungen, die Gesundheit angreift (Gast- und Schankgewerbe, Bäckerei).

Weiter wird gezeigt, wie zwar die Selbsthilfe der Arbeiterschaft vielfach eine Verkürzung der Arbeitszeit unter den vom Fabrikgesetz vorgeschriebenen Höchstentag bewirkt hat, daß aber gerade in einer Reihe besonders ungesunder Betriebszweige dies noch nicht gelungen ist. Hervorgehoben wird die mit Nachtarbeit verbundene ununterbrochene Arbeit an Maschinenanlagen. „Ein großer Teil dieser schwer arbeitenden und starker Störung ausgesetzten Arbeiter hat eine hohe, manche eine ganz ungeheuerliche Arbeitszeit.“ Zahlenmäßig wird das auch dargestellt für so gefährliche Industrien wie Steinbruch und Steinbearbeitung, Nadel- und Fabrikation u. a. Arbeiten doch 72 Prozent der Steinbrucharbeiter 10—11 Stunden, ebenso 66,3 Prozent bei der sehr schädlichen Herstellung der Nadeln.

Aus diesen Erwägungen tritt die Gesellschaft der Ärzte entschieden für die von der Regierung geforderte Gesetzesänderung und deren Ausbau ein. Zur Durchführung der Verordnungen aber verlangt sie eine intensive Überwachung der Betriebe. Das erfordert nicht nur eine erhebliche Vermehrung der Aufsichtsorgane, sondern auch, zumal der Arbeiterschutz über die Abwendung äußerer Schädigungen hinaus zum planmäßigen Gesundheitsschutz entwickelt werden soll, die Heranziehung von Ärzten zur Gewerbeaufsicht. Auch hierin tritt die Denkschrift der Ärzte mit den Forderungen der Arbeiterschaft überein. Möchte ihrem Programm, das ebenso von Sachkunde wie von menschlichem Empfinden Kunde gibt, der Erfolg nicht fehlen!

Von den „apolitischen“ Gewerkschaftsschriften.

Wie die Nachrichten schließen die München-Glabbacher Weltanschauungsverkündler sich in die Dörfer, so schreibt die Pflanzliche Post, suchen erst im Verborgenen die Arbeiter zu betören, zu fanatisieren und sofern ihnen das gelungen ist, treten sie öffentlich auf und — freffen Sozialdemokraten. In Rammelsbach

bei Kufel, wo einige hundert Steinbrucharbeiter und Steinschläger beschäftigt sind, versucht schon voriges Jahr die München-Glabbacher Apostel Weltanschauungsbekehrungen zu machen, sie hatten jedoch kein Glück, denn in offene Rebeschläge unterlagen sie selbst den ungeschulten Arbeitern, die von diesen Weltverbesserern nichts wissen wollten. Nun versucht es der ehemalige christliche Bauarbeiter-„Führer“ Brendel, die evangelischen Arbeiter in Rammelsbach für die Zentrumsgewerkschaft einzufangen. Erst hieß es, Brendel werde in einer öffentlichen Versammlung bei freier Diskussion das München-Glabbacher Evangelium predigen; die Kollegen hatten sich auch gerüht, Brendel einen gebührenden Empfang zu bereiten. Doch man hatte die Rechnung ohne den mätigen Brendel gemacht. Mehr als dreißig evangelischen Arbeitern ging nämlich folgendes Schreiben zu:

„Werter Kollege! Es ist dir nicht unbekannt, daß Unterzeichneter im vergangenen Jahre unter vieler Mühe und Kosten versucht hat, die Steinarbeiter von Rammelsbach für die Christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. So weit ich mir nach mehrwöchentlichem Tätigsein ein Urteil bilden konnte, waren auch die meisten Kollegen von der Notwendigkeit und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für das Steingebiet unterrichtet. Fast alle sagten: dieses mußte schon früher kommen u. a. m. Leider wurden aber alle schönen Hoffnungen, die ich mir und viele Kollegen gesetzt hatten, durch die unliebsamen Vorkommnisse bei der Gemeinderatswahl zerstört. Die katholischen Arbeiter ließen sich leider auf einen Pakt mit den Sozialdemokraten ein, was dann auch eine konfessionelle Spaltung der gewerkschaftlich gesinnten Kollegen brachte. Stellen wir uns nun die Frage, soll es immer so bleiben? Dann müssen wir sagen nein, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Arbeiter zu einigen. Die konfessionellen Gegensätze müssen überbrückt werden, die evangelischen und katholischen Arbeiter müssen einsehen lernen, daß solche Vorkommnisse nur der Sozialdemokratie Nutzen bringen, ihnen selbst aber keine Vorteile. Eine Verständigung der bürgerlichen Elemente untereinander muß angestrebt werden. Solches muß aber nur durch den Arbeiterstand zu erreichen sein, folglich muß auch die mit der Vorarbeit begonnen werden. Zu diesem Zweck komme ich baldigst nach Rammelsbach in die Wirtschaft Adam Beder jr. und halte dort einen Vortrag in obenerwähntem Sinne. Zu diesem Vortrag bist du sowie alle hier verzeichneten evangelischen Kollegen freundlichst, (alle durch das gleiche Schreiben) eingeladen. Mit freundlichem Gruß

Peter Brendel, Gewerkschafts-Sekretär.

Eingeladen sind: (folgen 38 Namen). Kollege Karl Herrmann Gewerkschafts-Sekretär evangelischer Konfession aus Limbach-Alstadt nimmt ebenfalls an der Besprechung teil. Auch er wird zu diesen Vorkommnissen in längeren Ausführungen Stellung nehmen.

Das Schreiben ist grammatisch und auch logisch eine „Glanzleistung“, so daß Peter verdient hätte, als Sprachlehrer an die München-Glabbacher Weltanschauungsuniversität berufen zu werden. Peter will in Rammelsbach die Einigkeit der Arbeiter, will die konfessionellen Gegensätze überbrücken mit München-Glabbacher Schutt, er treibt sie aber in Wirklichkeit auseinander, weil er gegen das Zusammengehen aller Arbeiter, nicht nur ohne Unterschied der Konfession, sondern auch der parteipolitischen Zugehörigkeit ankämpft. Für diese Zerplitterungstätigkeit wird er jetzt genau so wenig Verständnis finden wie im vorigen Jahre.

Die Kollegen von Rammelsbach wollen vom christlichen „Keram- und Steinarbeiterverband“ nicht das geringste wissen. Dieses Verbändchen hat in der Steinindustrie absolut keinen Einfluß. Aber Peter arbeitet in seinen Vorträgen viel mit den Materialisten, die er von unserem Zentralverband bezogen hat. Doch davon sagt Peterchen seinen paar Getreuen nichts.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 30. Januar bis 7. Februar gingen noch folgende Abrechnungen vom 4. Quartal 1909 ein:

- 3. Gau: Königshain. — 4. Gau: Beuga, Grimma. — 5. Gau: Ehringsdorf, Schmalkalden. — 6. Gau: Hoof, Osterholz. — 7. Gau: Bonn. — 8. Gau: Erstein, Neustadt, Pirmasens. — 9. Gau: Heilbronn, Forstheim. — 10. Gau: Blaubeurg, Gausenberg. — 11. Gau: Waldhain.

Bis zum 7. Februar sollten alle Abrechnungen eingekandt werden, damit der Zentralvorstand dem Beschluß des Kasseler Verbandstages nachkommen kann. Bekanntlich wurde in Kassel beschlossen, daß die Jahresberichte mindestens 3 Wochen vor Stattfinden des Verbandstages vorzulegen sein sollen. Durch das Verhalten nachfolgender Zahlstellen wird es kaum möglich sein, dieses zur Durchführung zu bringen. Es fehlen noch die Abrechnungen von Danzig, Stettin, Bünselburg, Breme, Papperode, Herford, Altenglan, Eberbach i. V., Oberstein, Eppingen, Hall, Asang, Münchberg, Rößbach, Gößenheim, Langenheim, Langensfeld, Pappenheim, Solnhofen, Amerdingen und Roth v. d. Rhön.

Offentlich genügt diese Bekanntmachung, daß die Mitglieder ihre Ortsverwaltungen an ihre Pflichten erinnern.

In letzter Zeit sind Fälle bekannt geworden, daß Lokalverwaltungen Reisekarten an noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder ausgestellt haben.

Die Verrechnung solcher zu Unrecht ausgezahlten Unterstütungen werden von der Zentralkasse zurückgewiesen. Solche zu Unrecht ausgestellte Reisekarten sind abzunehmen. Es wird nochmals ausdrücklich auf § 5 Abs. 4 des Statuts hingewiesen.

Die Ausstellung der Reisekarte ist in allen Fällen in die Verbandslegitimation einzutragen.

Zur Beachtung!

Die Bekanntmachung in Nr. 4 des „Steinarbeiter“, daß bei allen Unterstütungsgesuchen die Mitgliedsbücher und Statistik mit eingekandt werden müssen; bezieht sich nur auf Maßregelung, Rechtschutz und sonstige Unterstütigungen.

Bei der Krankenunterstützung bleibt es wie bisher, daß die Bücher bloß in zweifelhaften Fällen, oder wenn sie verlangt werden, eingekandt werden müssen. Wenn das Formular I richtig ausgefüllt ist, erfolgt auch keine Rückantwort, es kann dann, wie angegeben, die Unterstützung ausgezahlt werden.

Korrespondenzen.

Balsbunke (Sahntal). Die in dem Marmorbetriebe der Firma Krebs beschäftigten Hauer und Schleifer sind in den Streik getreten. Am 1. Februar fand eine gutbesuchte Versammlung statt, wozu Gauleiter Herrmann erschienen war. In seinen Ausführungen gab er noch einen Rückblick über die Ursachen des Kampfs; die Arbeiter haben denselben nicht gewollt, durch die fortgesetzten Maßregelungen sei ihnen der Streik aufgezwungen worden. Die Firma Krebs müsse sich eben mit der Tatsache abfinden, daß der Verband sich nicht mehr an die Wand drücken lasse. Durch die sogenannte „Finanzreform“ sei das arbeitende Volk in seiner Lebenshaltung wiederum schwer belastet worden, es gebe da nur einen Ausweg, um nicht in Schulden zu kommen, und der sei der, mit Hilfe des Zusammenschlusses und des Verbands eine bessere Bezahlung der Ware Arbeitskraft zu erstreben. Eingehend besprach er nun die Maßnahmen, die bei dem Streik zu beachten sind, und warnte die Kollegen, falls sich ein Streikbrecher in den Betrieb verirren

sollte, gegen denselben tätlich vorzugehen. Solche Elemente seien in ruhiger Weise zu befehlen, daß hier Streik sei; falls sie trotzdem weiter arbeiten, kräfe man sie mit Verachtung. Da der Kampf voraussichtlich lange dauern könne, forderte er die Kollegen auf, soweit als möglich abzureisen. Mit der Aufforderung, einig und geschlossen den Kampf zu führen, schloß er unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen. In der Diskussion wurde noch mitgeteilt, daß auch die heilige Hermenbad schon vertreten ist, vorläufig wurde noch kein Streikender durch dieselbe belästigt. Ebenfalls wurde erwähnt, daß ein ehemaliger organisierter Hauer, der von Herrn Krebs zum Tagelöhner-Polier erhoben wurde, jetzt den Knüttel schwingt. Vor kurzer Zeit noch war er überrabital, kräftig schwante er die rote Fahne, eine ganze Anzahl der Kollegen wollte er zum Sozialismus befehlen. Auf ihn paßt das Wort jetzt: „Spiegelberg, wir kennen dich.“ Des weiteren wurde noch mitgeteilt, daß infolge eines geringfügigen Vorkommnisses ein Kollege zum Bürgermeister bestellt wurde; dort wurde er angeschaut: Du Bausub, wie kommst du zum Streiken! Augenfeindlich wollte der betreffende Herr den Kollegen zum Streikbrecher machen, was jedoch nicht gelang. Der Streik ist unser gesetzliches Recht, das müßten sie doch wissen. Auch Herr Krebs verfuhr durch eine längere Unterredung einen Arbeiter zur Zurücknahme der Kündigung zu bewegen, als der betreffende Kollege fest blieb, da sagte Herr Krebs: Ich habe Achtung vor Ihnen. — Nachdem noch die Einteilung der Streikposten usw. vorgenommen war, wurde mit einem Schlußwort des Kollegen Herrmann die Versammlung geschlossen.

Soldberg (Schlesien). Lohnabzüge in den Basaltsteinbrüchen. Die Krise in der Steinindustrie benutzten die Unternehmer, um die so wie so schon schlecht entlohnten Arbeiter noch mehr zu drücken. So auch der Besitzer des Blaufeinstreicher, Herr Seiffert. Fast alljährlich ist es diesem Unternehmer möglich gewesen, Lohnkürzungen vorzunehmen, ohne daß er auf ernstlichen Widerstand bei den schlecht organisierten Arbeitern gestoßen wäre. Bei der letzten Lohnzahlung ließ Herr Seiffert wiederum den Arbeitern erklären, daß er von jetzt ab 2 Pfg. weniger Stundenlohn zahle. Leider mußten sich die Arbeiter, etwa 25, damit zufriedengeben, weil hinter ihnen keine Organisation steht, deren Hilfe sie hätten anrufen können. Ähnlich erging es den Arbeitern des Steinbruchs am Popelsberg, wo 50 Personen, meist Familienväter, mit einem Lohnabzug von 1.50 Mk. bedacht wurden. Leider konnte auch hier der Unternehmer machen was er wollte, da auch hier die Arbeiter so gut wie gar nicht organisiert sind. Daß unter den von der Lohnreduzierung Betroffenen eine Anzahl strammer Patrioten sich befinden, soll nur nebenbei bemerkt werden. Sicher haben sie jetzt Gelegenheit, über ihre patriotischen Unternehmer sich ihre eigenen Gedanken zu machen. Wenn es ihnen von Sozialdemokraten gesagt würde, dann glaubten sie es nicht. Jetzt werden sie es an eigenen Leibe verspüren. Wann endlich werden die Arbeiter zur Einsicht kommen, daß ihre Interessen nur von einer freien Gewerkschaftsorganisation wirksam vertreten werden können?

Richtaid. Zur Auflösung betreffs des „Kollegen“ Bühl. In der Nr. 3 des „Steinarbeiter“ hat die Zahlstelle Ziegelanger berichtet, Bühl ist aus dem Verband ausgetreten, weil er im vorigen Jahre wiederum Streikbrecherdienste leistete. B. war schon einmal ausgeschlossen, trotzdem nahm man ihn in Springe wieder auf. Dieser Punkt ist ganz entsetzt vom Schriftführer der Zahlstelle Ziegelanger berichtet worden. Es waren die Kollegen der Meinung, daß Bühl nun seine Marken beim Gauleiter Biewig in Hannover beziehen möchte. Letzterer hat uns einen schlechten Dienst erwiesen, weil er seinerzeit dafür sprach, daß Bühl in Springe wieder aufgenommen wurde. Solche Elemente wie Bühl können durch Aufnahme in den Verband nicht „gebessert“ werden. — Allerdings hat Bühl im Jahre 1909 keine Streikbrecherdienste geleistet, aber er hat Arbeitswillige angeworben. Wie er sich in Efurt ausgeführt hat, ist bekannt. Die dortige Zahlstelle hat er ruiniert und dem Gesamtverbande unermeßlich geschadet. Und wie hat er erst im Eichsfeld gewirkt? Daß Bühl seine Schmutzereien nur unter Verbandsflagge betreiben würde, mußten die Kollegen der Zahlstelle damals schon voraussehen, denn sie wußten ja, mit welchem Charakter sie es zu tun haben. — In der Mattingen herrscht darüber Einigkeit, daß Bühl zu Unrecht aufgenommen wurde.

Bütschenbach. Am 23. Januar fand im Ralsburg unsere Generalversammlung statt. Beim 1. Punkt gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht vom verfloffenen Jahre. Es wurden in der hiesigen Zahlstelle 12 Monatsversammlungen abgehalten, auch wurden zwei italienische Referate erlattet. Nun gab der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den beiden Revisoren für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde für seine tadellose Amtsführung volle Anerkennung ausgesprochen. Der Gesamtvorstand wurde bis auf den 2. Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender fungiert Kollege Laver Braumais. Im 3. Punkt wurden die Platzberichte bekannt gegeben, welche ein trauriges Bild ergaben, wovon aber den ungünstigen Witterungsverhältnissen viel zuzuschreiben ist. Von den Platzkassierern wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen ihren Verpflichtungen bezüglich der Verbandsangelegenheiten besser nachkommen sollten.

Metten. (Die Tarifreue unserer Unternehmer im Winter.) Wiederholt schon waren wir gezwungen, uns an dieser Stelle mit dem Steinehmeister Martin Steiningen zu beschäftigen. Fast scheint es, als ob nach einer solchen Kritik etwas Besserung bei Steiningen eintreten würde, aber immer wieder fällt derselbe, nach der Art eines ungezogenen Schuljungen, in seine alten Fehler und Gewohnheiten zurück. Ist Steiningen mit Aufragen überhäuft, so wird der Tarifvertrag genau beachtet, auch die Behandlung der Arbeiter ist eine bessere; kaum aber stoßt die Arbeit, scheint dort der Tarif keine Gültigkeit mehr zu haben. Besonders die Platten haben es ihm angetan. Nun, wir haben es satt, uns noch länger mit ihm herumzutreiben, wir werden die Angelegenheit dem Schiedsgericht unterbreiten. Das schlechte Beispiel Steiningers hat nun anscheinend auch auf die übrigen Unternehmer ansetzend gewirkt. Der Firma Hofmartyr, bei welcher bis jetzt der Tarif so ziemlich eingehalten wurde, wäre eine andere Berechnung bei Säulen dringender zu empfehlen. Auch diese Angelegenheit werden wir dem Schiedsgericht überweisen. Bei der Firma Adler u. Co. wurden vorige Woche große Platten in Arbeit genommen. Als den Arbeitern Zeichnung nebst Lohnzettel übergeben wurde, erklärte Herr Adler kategorisch: Ist schon ausgerechnet, stimmt genau. Die Arbeiter waren jedoch mit dieser Berechnung nicht einverstanden und stellten nun ihrerseits ebenfalls eine Berechnung auf. Herr Adler ist wohl selbst nicht ganz überzeugt gewesen von der Richtigkeit seiner Berechnung, denn er unterzog dieselbe auf Reklamation der Arbeiter einer nochmaligen Revision. Das Resultat dieser Revision war ein Mehr von 14 Mark. Wir können aber auch mit dieser Berechnung noch nicht zufrieden sein. Wir haben zwar angefaßt der wirtschaftlichen Depression den Tarif mit seinen vielen Mängeln auf weitere zwei Jahre auf uns genommen, aber wir werden auf strikte Durchführung der einzelnen Positionen dringen.

Randersacker. Am 16. Januar tagte unsere Generalversammlung, welche gut besucht war. Zum 1. Punkt: Jahresbericht, hob der Vorsitzende die Mitgliederzunahme hervor. Unsere Mitgliederzahl ist um 27 gestiegen, so daß wir in der Zahlstelle Randersacker 82 Mitglieder zu verzeichnen haben. Zum 2. Punkt gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Er erklärte den Kollegen die finanzielle Lage der Zahlstelle. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Höder, Kassierer Wagner, Schriftführer Mühlrad, Revisoren Paar und Mühlrad und Unterkassierer Heilmann. Dann entspann sich eine lebhafte Debatte über das Verhalten des Unternehmers

Höber, welcher am 13. Dezember 1909 7 unter Kollegen auf Pflaster warf. Als eine Kommission bei Höber vorstellig wurde, äußerte sich dieser Herr, er sei betreffs der Bundesratsverordnung bestraft worden und die Organisation sei schuld daran. Es ist das Gebaren dieses Herrn im „Frankischen Volksfreund“ schon trefflich gekennzeichnet worden. Es wurde den Kollegen dringend ans Herz gelegt, den Werkplatz möglichst zu meiden. Unser 2. Vorsitzender Ruhn machte bei seinem früheren Meister Feierabend und verrichtete bei Höber Rauhreifendienst. Er wird von der Zahlstelle Randerkader nunmehr als Nichtmitglied betrachtet. Die ausgesperrten Kollegen sind bis jetzt wieder untergebracht.

Speier. Die Versammlung, welche am 16. Januar stattfand, war ebenfalls wieder sehr schlecht besucht. Trotzdem alle, sogar per Karte, eingeladen wurden, hatten es mehrere vorgezogen, nicht zu erscheinen. Eine derartige Interesslosigkeit seitens verschiedener Kollegen ist leider nicht dazu geeignet, das Prestige der Steinarbeiter Speiers bei den andern Gewerkschaften am Orte zu heben. Es kommt sogar vor, daß die Unternehmer den im Jahre 1907 unter den so sonderbaren Umständen zustande gekommenen Tarif nicht einmal einhalten. Darum, Kollegen, daß in erster Linie die Unternehmer gezwungen werden könnten, den leider ohnedies damals schlecht ausgefallenen Tarif strikte einzuhalten, richten wir an euch die ernste Mahnung, mehr für den Verband zu werben. Wo sich die ganze organisierte deutsche Steinarbeiterschaft rüht, um das Erzwungene zu erhalten, da dürft auch ihr nicht länger abseits stehen. Noch immer hat der Satz seine fundamentale Bedeutung: „Seid einig, so werdet ihr stark sein.“

Wurzen. Am 30. Januar hielt die Zahlstelle im Schützenhaus die Generalversammlung ab. Beim 1. Punkt gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage unseres Berufs. Die Mitglieder waren mit dem Gehörten einverstanden. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden einstimmig die Kollegen Behmann und Krehshmar gewählt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurde Kollege Ph. Pfeiffer als 1. Vorsitzender, Robert Hennig als 2. Vorsitzender, Franz Krehshmar als Kassierer und Schriftführer einstimmig gewählt. Ueber das geplante Wintervergnügen entstand eine rege Debatte. Der Antrag auf Abhaltung eines solchen wurde nun auch abgelehnt. Unter Berücksichtigung der jetzigen Zustände bei der Firma Bachmann einer berechtigten Kritik unterzogen. Den Kollegen wird ans Herz gelegt, dafür Sorge zu tragen, daß der letzte Mann in unsere Reihen eintritt. Die hiesige Zahlstelle hat eine schwere Zeit durch die Manipulationen Rohns durchgemacht, aber es geht trotzdem vorwärts. Der Vorsitzende forderte auf, daß die Zahlstellenmitglieder zur Gaukonferenz, welche am 20. Februar hier stattfindet, zahlreich zur Stelle sein möchten.

Eine allgemeine Städtebau-Ausstellung

wird im Mai und Juni d. J. in Berlin stattfinden. Diese Ausstellung soll musterartige Leistungen des In- und Auslandes auf dem Gebiete des Städtebaues im weiteren Sinne vereintigen, im besonderen glückliche Lösungen von Fragen vorführen, die in der Entwicklung der großen Städte brennend sind. Die Pläne von Bildern und Plänen, Modellen und veranschaulichender Statistiken wird dem Vater wie dem Fremden eine Grundlage geben für die Beurteilung der künftigen Bebauungspläne der Großstädte.

Ein Wohnhaus kann nicht ohne vorherige Aufstellung eines sorgfältigen Planes gebaut werden, der die Bedürfnisse der künftigen Bewohner berücksichtigt. Daß aber eine Stadt und namentlich eine Großstadt mit ihren Wohnungen und Arbeitsstätten, mit ihren Straßen, Plätzen und Parks, mit ihren Bahnen und Kanälen, eines im voraus aufgestellten, weitestgehenden Planes noch viel mehr bedarf als ein Haus, und daß Planlosigkeit auf diesem Gebiete eine Gefahr für die wirtschaftliche und gesundheitliche Entwicklung der Stadt bedeutet, ist eine verhältnismäßig neue Erkenntnis.

Gesunde und wirtschaftliche Städte bauen, heißt schon an sich für sich ihre Schönheit fördern. Aber die ruhige Schönheit der Straßenwandelungen, die geschlossene Frucht der Plätze und die Anmut der die Parks zum Kranz verbindenden Parkstraßen können, mit erfahrener Hand gepflegt und gesteigert, einer Stadt einen Reiz verleihen, der jeden beglückt und erhebt, der in ihr atmet. Auch der Straßenbau mit den verschiedensten Pflastermaterialien wird stark zur Geltung kommen.

Die folgenreichere Bedeutung der städtebaulichen Aufgaben, die sich für die Großstädte ergeben, kann nicht überschätzt werden. Zu ihrer Lösung soll die Allgemeine Städtebau-Ausstellung Beiträge liefern.

Der Charakter der Ausstellung darf kein geschäftlicher sein. Es wird vielmehr die wichtigste Aufgabe des Ausschusses darin bestehen, diejenigen Ausstellungsgegenstände selbst auszuwählen, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Auf der andern Seite ist das Unternehmen von solcher Bedeutung für die wirtschaftliche und künstlerische Entwicklung der Großstädte, daß der Ausschuss sich berechtigt glaubt, auf die bereitwillige Mitwirkung sowohl von staatlichen und städtischen Behörden, als auch von Privaten innerhalb und außerhalb Deutschlands rechnen zu dürfen. Wertvolle Zusagen vom In- und Auslande sind bereits erfolgt.

Programm der Ausstellung: 1. Verkehrs- und Transportmittel (Pläne und Darstellung von Verkehrssystemen). 2. Waldgürtel, Parkanlagen, Parkwege, Spiel- und Sportplätze, Friedhöfe. 3. Straßen, Plätze, Brücken, Kunst an der Straße (Brunnen, Denkmalaufstellung). 4. Historische Entwicklung von Großstädten. 5. Die neuzeitliche Innenstadt, Geschäftsviertel, Wohnungsverhältnisse, Straßenüberbrückung. 6. Erweiterungsanlagen, Zonenbebauung, Vororte, Gartenstädte, Arbeiter-siedlungen. 7. Neuschaffung von Städten. 8. Reisezimmer (städttebauliche Literatur).

Berufene Fachleute werden während der Ausstellung Vorträge halten, die, an die Besprechung des Wettbewerbs anknüpfend, die wichtigsten Aufgaben der städtebaulichen Entwicklung behandeln sollen.

Rundschau.

Die Gründung der Afrika-Kolonial-Marmor-Gesellschaft wird in der Nr. 5 des „Deutschen Steinbildhauer“ gleich von drei Fachmännern besprochen. Herr Architekt Steinlein-München meint, die beabsichtigten 9000 Kubikmeter seien im Jahre kaum abzusetzen, weil in Deutschland zu Innendekorationen der Marmor beinahe noch verpönt ist. Ueberdies erscheine ihm der Kubikmeterpreis = 300 Mark als zu hoch, wenigstens für gangbare Ware. Diese Bedenken haben wir ebenfalls im „Steinarbeiter“ vom 5. Februar d. J. scharf hervorgehoben. Herr Steinlein meint weiter, es gäbe in Deutschland genügend Marmorbrüche; warum werden dieselben nicht rationeller betrieben? Sehr richtig! Möchten wir bemerken, aber das hätten doch die deutschen Steinmetzmeister bisher in der Hand gehabt, durchzuführen. Ihren wir nicht, so ist Herr Steinlein an einem Münchner Steinmetzgeschäft als Associé beteiligt. Daß er aber dafür eintrat, daß zum Beispiel die bayrischen Marmorsteinbrüche kapitalkräftiger betrieben werden sollen, ist uns nicht bekannt. — Nun sollen ja in den Marmorbrüchen Südwestafrikas farbige Arbeiter verwendet werden. Herr St. führt hierzu folgendes an:

Soviel man von den Eingeborenen hört, ist eine ihrer Haupteigenschaften die Faulheit (!); sie werden also kaum zu veranlassen sein, die anstrengenden Arbeiten in den Steinbrüchen zu verrichten. . . .

höchsten über die ungelerten Steinbrucharbeiter gesprochen, die ja gar keinen so schweren Beruf hätten.

Ein anderer ungenannter Fachmann meint im „Steinbildhauer“:

Der Händler — und Konsument nimmt erfahrungsgemäß Neuerungen nicht so ohne weiteres auf, denn schließlich fällt in die Waagschale: an welcher Marmorart kann mehr verdient werden?

Wenn dieser Anonymus mit dem Marmor aus Südwest zukünftig gut verdient, dann wird er alles unternehmen, damit dieses neue Material reichlich abgesetzt wird. Der Patriotismus richtet sich eben nach dem Verdienst.

Den Reigen in der Polemik schließt Herr v. Berlin, welcher dem neuen Unternehmen ebenfalls skeptisch gegenübersteht. — Eins wundert uns: die deutschen Steinindustriellen verlangen gegenüber den schwedischen Plastersteinen hohe Einfuhrzölle; jetzt aber, nachdem ihnen der Marmor aus Südwest sozuzufügen „sollfrei“ ins Haus geschickt wird, ist den Herren auch diese „Segnung“ unangenehm. Die Kapitalisten raufen sich eben um den Profit.

Sehr zutreffend wird im „Steinbildhauer“ kritisiert, daß das Afrika-Kolonial-Marmor-Syndikat eine ungewöhnliche Reklame treibt.

Die Bauarbeiter rüfen! Eine Massenversammlung der im Zentralverband organisierten Maurer Groß-Berlins tagte am 6. Februar in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße, um zu dem letzten Beschluß des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Stellung zu nehmen. Nachdem über die gegenwärtige Lage ausführlich berichtet, namentlich aber die letzte Kundgebung des Arbeitgeberbundes einer eingehenden Beratung unterzogen war, kamen die Versammelten unter Zustimmung des Vorstandes zu dem Beschluß, den ihnen aufgedrungenen Kampf aufzunehmen und zu diesem Zweck den wöchentlichen Beitrag um 15 Pfg. — von 75 auf 90 Pfg. — zu erhöhen. Dieser Beschluß wurde nahezu einstimmig gefaßt.

Zu gleicher Zeit tagte in Börsers Festsaal, Webersstraße, eine zahlreich besuchte Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer, Bauarbeiter und Betonarbeiter Berlins und Umgegend. Auch hier wurde beschlossen, den Kampf aufzunehmen und die Beiträge zu erhöhen.

Zu demselben Zweck fanden am letzten Sonntag zehn Versammlungen der im Zentralverband organisierten Bauhilfsarbeiter in Groß-Berlin (Friedrichshagen, Rummelsburg, Zehlendorf, Alt-Glenteide, Adlershof usw.) statt.

Selbst die Steinseher, Steinschläger und Rammer rüfen. Diese hielten angesichts der gespannten Lage im Baugewerbe — da sie in Mitleidenschaft gezogen werden — zwei Versammlungen ab, bei Wölke, Brunnenstraße, und im Berliner Gewerkschaftshause.

Das Berliner Gewerkschaftskartell faßte soeben in seiner Vorstanderversammlung folgenden Beschluß: Die Vorstanderversammlung empfiehlt den einzelnen Gewerkschaften dringend, in Anbetracht der höchststen Situation innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und im Hinblick auf die kommenden Kämpfe unverzüglich an die Klärung der Verhältnisse zwecks Betätigung der freien Solidarität gegenüber den im Kampfe stehenden Geossen zu gehen.

In einigen Großstädten kommen auch die Steinarbeiter bei der Lohnbewegung der Bauarbeiter mit in Frage. Unsere Kollegen tun ebenfalls gut, sich mit der zu erwartenden Situation jetzt schon vertraut zu machen und die Erhebung von Lokalzuschlägen in Erwägung zu ziehen.

Aus dem Westerwald. Die Basaltindustrie entwickelt sich mächtig. So sind seit kurzem in Schönbach neue Werke in Betrieb genommen, welche 75 Arbeiter beschäftigen. Außerdem wird auf Konfeld gebohrt, in Schönbach u. a. auch von einer holländischen Gesellschaft, ebenso in Weisklein.

Eine gründlichste Gewerkschaftsmethode. Infolge des kürzlich in Kraft getretenen, ungeheuer hohen Schutzzolles der Vereinigten Staaten auf Erzeugnisse des lithographischen Gewerbes wollen eine Reihe deutscher Firmen ihre Werke in die Vereinigten Staaten verlegen. In Deutschland hat jener Schutzzoll schon eine gefährliche Depression auf dem Arbeitsmarkte der lithographischen Berufe zur Folge gehabt. Das Lithographie-gewerbe hat bisher in Amerika einen seiner besten Abnehmer gehabt. Manche Lithographen sehen sich daher gezwungen, ihrem teilweise auswandernden Gewerbe nach Amerika zu folgen. Den amerikanischen Arbeitern droht also ein sehr unerwünschter Zustrom, dem sie auch sofort durch Erhöhung der Eintrittsgelder in ihre Verbände und sonstige Schwierigkeiten zu begegnen beginnen. So hat die Photo Engravers Union soeben das Eintrittsgeld von 30 Dollar auf 200 Dollar erhöht, natürlich sehr zum Vergnügen der Unternehmer, die sehr wohl wissen, daß die Zuwanderung nicht verhindert werden kann, daß vielmehr die Erhöhung der Eintrittsgelder, zumal wenn die gleiche Taktik von den andern Organisationen des gleichen Berufes befolgt wird, nur dazu dient, die bisher organisierten von der Organisation fernzuhalten, wodurch natürlich dem Streikbrechertum Tür und Tor geöffnet wäre, fernerlich auch nicht zum Nutzen der organisierten amerikanischen Lithographen.

Christliche Nächstenliebe. Die schwarzen Gewerkschaftler und die katholischen Facharbeiter führen ihre famosen Debatten munter weiter. Ueber die Kampfesart der Facharbeitungsanhänger schreibt die christliche „Baugewerkschaft“ in der Nr. 6: „Ein ekel- und schwindelhaftes Flugblatt, wie das von „Eitz Berlin“ in Oberschlesien verbreitete, ist uns noch nicht begegnet.“

Hoffentlich kommen nun auch die Steinarbeiter im Henschenergebirge zu der Ueberzeugung, daß sie von den Schwarzten bei der Richtung genasführt werden. Die Einigkeit unter den Katholiken muß ja recht groß sein, wenn mit Schwindel und ekelhaften Verleumdungen operiert wird. „Da sind wir Wilden doch andre Menschen.“

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 31. Januar bis mit 5. Februar 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrakter.)

- Herrlohn, B. 2.55. Schwiebus, B. 4.40. Ehringsdorf, B. 42.—, K. 5.—. Erstein, B. 18.66. K. 1.80. Göppingen, B. 93.25, K. 0.50. Hamm, B. 14.20, M. 0.80. Kronach, B. 35.34, E. 1.—, K. 11.40. Wiltensberg, B. 12.60, K. 0.15. Reiffenhäuser, B. 84.—, K. 10.—, M. 3.90. Bant, B. 1.70. Strehlen, B. 510.—, E. 2.50, K. 5.—. Pforzheim, B. 75.90, K. 1.10. Königshain, B. 7.60, K. 2.90. Krefeld, B. 0.40, K. 1.10. Bochum, K. 7.60, M. 1.40. Munkirchen, B. 76.—, K. 20.—. Stegnitz, B. 6.35. Zerbst, B. 2.20. Hordheim, B. 46.—, E. 2.—, K. 3.30. Zwingenberg, B. 8.40, K. 0.60. Kappelrodek, B. 93.90, K. 0.60, Ins. 3.40. Grimma, B. 126.—, E. 10.—, K. 9.90. Altlassdorf, Ab. 2.40. Ermitzschau, E. 0.25. Fürstenaub, B. 0.50. Schlei, B. 5.50. Hüsten, B. 4.40. Leuchtenberg, B. 4.20. Hanzenberg, B. 47.88, E. 2.—, K. 9.50. Langensalza, B. 53.82, E. 8.—, K. 2.80, M. 8.30. Ottenhöfen, B. 27.—. Birmaszen, K. 8.25. Plauen, B. 25.30, K. 0.20. Blauberg, B. 318.78, E. 0.50, K. 12.30.

Subwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Nördlingen. August Holzinger, sende Deine Adresse an Hans Kun in Nördlingen.

Lübeck. Der Zuschuß zur Reiseunterstützung fällt von nun ab weg. — Dem Steinmetzen Johann Müller aus Eschertich, geb. am 30. Juni 1881 (Verb.-Nr. 15416), ist sein Buch nebst Reisekarte in Kiel abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. E. Kint, Kassierer.

Hamburg II. Der Steinmetz Paul Klinger, geboren am 25. Februar 1891 in München, eingetreten am 10. Juli 1909 in München, hat seine Interimskarte (Nr. 32109) hier liegen lassen. Otto Fielich, Kassierer.

Haffersode. Der Schleifer Wunderlich hat hier seine Interimskarte vergessen. (!) H. Haupt, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

- Schmalteben. Kass.: Michael Beninger, Brotterode, 55b, Straße 3.
- Pappenheim. Vorf. u. Kass.: Ludwig Gegennagel, Bahnhofs-Restaurant.
- Nothenburg. Zum stellvertretenden Vorsitzenden und Kassierer wurde Kollege Vogelmann bestimmt. Alle Sendungen sind an seine Adresse zu richten.
- Nördlingen. Reiseunterstützung wird auf dem Werkplatz Koppel an den Werktagen ausgezahlt; Sonntags von 10 bis 1 Uhr beim Kassierer Fritz Hügelen, Herrengasse B 34.
- Radweiler. Vorf.: Karl Kastenberg.

Briefkasten.

B. in Geislingen. Nach dem Berliner Schrifthauer-Tarif würden folgende Sätze in Frage kommen: Spentt und schwarzer Granit, gotische und römische Schrift, gewöhnliche Buchstabenhöhe = 25 Pfg.; belgischer Granit und weißer Marmor = 6 Pfg.; Sandstein = 3 Pfg. Wende Dich wegen weiterer Auskunft an den Kollegen E. Winkler, Berlin SW. 19, Seydelstr. 30, pt. — A. Berehrtester, wegen einer solchen Lappalie nehmen wir einen Stechbrief nicht an. Die Schlussbemerkung ist übrigens recht unerschämmt. — D. in G. Die Zusendung war uns erwünscht. Wir machen später davon Gebrauch. Besten Dank. — H. So, nun ist diesem Antreiber sein Lohn zuteil geworden. Schate-ppeare hatte Recht mit der Strophe: „Durch Bettler fallen große Männer oft.“ — G. Wende Dich doch an das Arbeitersekretariat in Hof. Aber bitte die Akten gleich mit einbringen. — Wittweida. Der Bericht wurde abgelehnt. — M., Frankfurt. Vielen Dank für Deine ausführliche Zuschrift über die Verwendung des Aufschlusses. Hoffentlich wird uns von München, Nürnberg, Hamburg usw. auch noch dementsprechend berichtet. — Heppenheim. Der Bericht war zu unwesentlich. — A. G. Es sind uns soviel Versammlungsberichte zugegangen, daß damit zwei Stein-arbeiter-Nummern völlig gefüllt werden können. Also nur Geduld! — Halberstadt. Es genügt doch nicht, daß im Versammlungsbericht bloß auf die Vorstandswahlen Bezug genommen wird. — Hamburg II. Bei Krankmeldungen braucht das Buch nicht eingefandt zu werden. — A. U. Gaben wir nicht mehr.

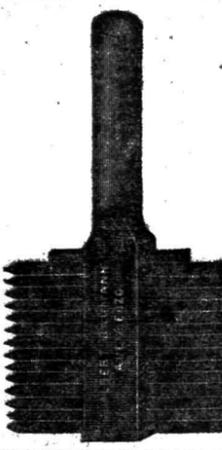
Anzeigen

Berlin.

Donnerstag, den 17. Februar, abends 7^{1/2} Uhr
Kombinierte Platzvertreter-Sitzung
im Verbandslokal, Seydelstraße 30.

Tagesordnung:
Bericht und Stellungnahme der Platzvertreter zur Tarifrage.

Die Kollegen sämtlicher Geschäfte, gleichviel ob sie der Bau-, Grabstein- oder Marmorbranche angehören, auch wenn ihre Zahl noch so gering ist, sind verpflichtet, einen Vertreter zu entsenden. — Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Zaretts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfindlich preiswert

Emil Keidel

Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Gesucht

2 Maschinen- und 1 Handschleifer.
Gothaer Granitwerke, Gotha.

Tüchtige Steinmetzen

für Denkmalarbeiten zum sofortigen Antritt nach Rimbach gesucht.
Odenwald-Granitwerke
in Weinheim (Baden).

Ich nehme hiermit die Aeußerung, die ich gegen den Stein-arbeiter-Verband gemacht habe, mit Bedauern zurück. Ich kann die Behauptung nicht aufrecht erhalten.
Max Tratler, Steinarbeiter, Neu-Schmöln.

Gestorben.

In Alt-Barthau am 28. Januar der Kollege August Gotopp, 38 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Dresden am 1. Februar der Kollege Oskar Sembert, 30 Jahre alt, an Rheumatismus.
In Strehlen am 3. Februar der Kollege Robert Müller, 52 Jahre alt, an Lungenemphysem.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 7.

Sonnabend, den 12. Februar 1910.

14. Jahrgang.

20 Jahre unter dem gemeinen Recht.

Am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab. Am Tage vorher sah es noch ganz anders aus. In zweiter Lesung wurde am 24. Januar mit 186 gegen 11 Stimmen die Verewigung des Schandgesetzes beschlossen; allerdings mit einem kleinen Schönheitsfehler. Die Nationalliberalen, die fürchteten, daß die Wähler im Februar 1890 sich nicht würden in gleicher Weise nachführen lassen, wie bei den berichtigten Wahlgängen drei Jahre vorher, lehnten die Verewigung der Ausweisungsbefugnis ab. Bismarck und die Junker hielten aber am kleinen Belagerungszustand fest, und so kam es zu einem Bruch in der ausnahmsgesetzfreundlichen Mehrheit. In dritter Lesung — am 25. Januar —, als über die ganze Vorlage abgestimmt wurde, stimmten die Konserverativen — eben weil die Ausweisungsbefugnis gefürchtet war — mit der Opposition gegen das ganze Gesetz, das nunmehr mit dem 1. Oktober sein Ende erreicht hatte, wenn — ja, wenn nicht eine neue Vorlage die Verewigung des Sozialistengesetzes brachte.

Allgemein war man damals in der sozialdemokratischen Partei der Ansicht, daß die Junker so leichten Herzens das Sozialistengesetz nur deswegen fallen gelassen, um nach einer für sie günstig ausgefallenen Wahl dasselbe vielleicht in noch brutalerer Form aufs neue durchzuführen. Der ganze Wahlkampf stand unter der Befürchtung, daß es sich bei dieser von der Regierung ruhig hingenommenen Ablehnung einer weiteren Verlängerung um ein Wahlmanöver Bismarcks und seiner Clique handelte, die sich dabei des stillen Einverständnisses der Nationalliberalen sicher war.

Der Ausfall der Wahl machte diesen Befürchtungen ein Ende. Der gewaltige Aufschwung der Sozialdemokratie setze nicht nur das Sozialistengesetz endgültig, sondern auch seinen Schöpfer — Bismarck — hinweg. Der Kaiser selbst hatte vor der Sozialdemokratie kapituliert, denn die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die durchgreifende sozialpolitische Reformen versprochen, wurden in der Sozialdemokratie und insbesondere vom Sozialdemokraten, unserem in London erscheinenden, von Bernstein geleiteten Zentralorgan, als eine glatte Kapitulation vor der Macht der Sozialdemokratie angesehen.

Vom 1. Oktober 1890 ab galt also für die Sozialdemokratie das gemeine Recht wieder. Inzwischen, das ist nur eine Fiktion. Die Klassenjustiz forgt und hat von je geforgt, daß die Sozialdemokratie auch unter dem gemeinen Recht nicht minder verfolgt wird, als unter dem Ausnahmsrecht. Vom Jahre 1891 ab registriert der Parteivorstand die ihm bekannt werdenden Strafen, die wegen politischer Vergehen über Sozialdemokraten verhängt werden. Und in den alljährlichen Rechenschaftsberichten des Parteivorstandes erscheinen diese Straf-tabelle als Dokumente der herrschenden Klassenjustiz. Wir lassen nachstehend die Jahresstrafsummen seit 1890/91 bis 1908/09 folgen:

Jahr	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen				Geldstrafen
	Jahre	Mon.	Jahre	Mon.	Woch.	Tage	
1890/1891	—	—	89	2	—	13	18 262
1891/1892	—	10	89	2	—	26	20 532
1892/1893	—	1	83	7	—	26	31 937
1893/1894	—	—	58	8	—	26	43 747
1894/1895	18	6	64	10	—	1	34 120
1895/1896	—	—	84	8	1	1	31 773
1896/1897	—	—	118	8	—	3	28 229
1897/1898	—	—	54	7	1	3	19 948
1898/1899	—	—	74	1	—	2	23 251
1899/1900	6	8	64	7	3	2	16 427
1900/1901	2	—	32	11	11	2	26 900
1901/1902	3	—	48	8	—	—	17 659
1902/1903	14	—	36	5	6	—	16 707
1903/1904	—	—	43	2	—	—	21 552
1904/1905	2	3	65	7	2	—	15 400
1905/1906	2	4	66	1	4	—	24 861
1906/1907	2	6	33	10	2	1	30 600
1907/1908	—	—	18	8	—	4	33 446
1908/1909	—	—	27	10	—	2	28 450
Summa	111	2	1126	11 1/2	—	—	483 801

Hierzu kommen noch rund 26 Jahre Gefängnis, die wegen der Streikunruhen in Bern gelegentlich des großen Bergarbeiterausstandes 1898/99 ausgesprochen wurden und die 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängnis, die den Wölbauer Bauarbeitern von dem Dresdner Schwurgericht auferlegt wurden. Auch die 1 1/2 Jahre Festung des Genossen Liebknecht lassen sich in die vorstehende Tabelle nicht einreihen.

Die deutsche Schieferindustrie.

III. (Schluß.)

Die Schieferbruchbesitzer im Bereiche der Koblenzer Handelskammer machten an diese eine Eingabe, in welcher sie ihre schlechte wirtschaftliche Lage schilderten. Die Bruchbesitzer beklagen sich darüber, daß die Baubefehlshaber das Ziegeldach bevorzugen. Nun haben aber ebenfalls die badischen Ziegelfabrikanten an das zuständige Ministerium eine Petition gerichtet, in welcher verlangt wird, daß das rheinische Schiefermaterial als Bedachungsmittel nicht mehr verwendet werden soll. Und unglaublich, die badische Regierung hat auch eine solche Verfügung, die äußerst rückständig genannt werden muß, erlassen. Es ist geradezu märchenhaft, wenn man im „großen“ Deutschland erleben muß, daß ein Ministerium Schieferbedachung ausschließt; daß aber andererseits die geschädigten Schieferbruchbesitzer die Gegenmaßregel verlangen, badisches Ziegelmateriale darf in Preußen keine Verwendung finden.

Der Nassauische Schieferaktienverein scheint große Brüche zu besitzen, denn sie stehen mit 1 000 089,25 M. Wert zu Buche. In den letzten Jahren waren allerdings in finanzieller Beziehung keine günstigen Resultate zu verzeichnen. Es dünkt uns, als wenn die Mastentechnik nicht genügend berücksichtigt worden wäre. In den Schieferbrüchen sind gute Transport- und Hebewerkzeuge genau so unentbehrlich, wie in den übrigen Großbetrieben der Hartsteinindustrie. Weiter gehört hinzu, daß für die Schieferbedachung unter dem bauenden Publikum eine größere Reklame betrieben werden muß. Die Güte des Schiefers allein genügt noch nicht für den Erfolg; im heutigen Konkurrenzkampf müssen die Erzeugnisse auch dementsprechend anpreiseln werden.

Diese Klassenurteile zu den anderen hinzugerechnet, ergibt in den 20 Jahren

1326 1/2 Jahre Freiheitsstrafe

darunter 164 Jahre Zuchthaus und fast eine halbe Million Mark an Geldstrafen! Unter dem gemeinen Recht!

In der Abchließnummer des Sozialdemokraten schrieb Friedrich Engels:

„Die Reichsregierung will es uns gegenüber einstweilen wieder mit dem gemeinen Recht versuchen, und so wollen wir es einstweilen wieder mit den gesetzlichen Mitteln versuchen, die wir uns vermittelst kräftigen Gebrauchs der ungesetzlichen wieder erobert haben. Ob dabei die „gesetzlichen“ Mittel wieder ins Programm aufgenommen werden oder nicht, ist ziemlich gleichgültig. Versucht muß werden, vorderhand mit den gesetzlichen Kampfmitteln auszukommen. . . . Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Gegenpartei ebenfalls gesetzlich verfährt. Versucht man, sei es durch neue Ausnahmsgesetze, durch rechtswidrige Urteile und Reichsgerichtspraxis, durch Polizeiwillkür oder durch sonstige ungesetzliche Uebergriffe der Exekutive, unsere Partei wieder tatsächlich außerhalb des gemeinen Rechts zu stellen, so treibt man die deutsche Sozialdemokratie abermals auf den ungesetzlichen Weg, als den einzigen, der ihr noch offen steht.“

Die „Voraussetzungen“ für den „gesetzlichen“ Kampf der Sozialdemokratie sind, wie die Straftabelle zeigt, nicht eingetreten, vielmehr ist durch Gerichtsurteil ausdrücklich festgestellt worden, daß zum Beispiel seinerzeit in Sachsen Klassenjustiz gegen Sozialdemokraten geübt wurde. Trotzdem ist die Sozialdemokratie auf dem gesetzlichen Boden geblieben und sie zeigt damit wieder, daß sie allein den Kampf gegen die Ungerechtigkeit zu führen gewohnt ist. Aber das ist kein Trost; die Klassenjustiz muß gebrochen werden, gebrochen durch die politische Macht der Arbeiterklasse. Mag deshalb diese Erinnerung an die Opfer des Klassenkampfes in den letzten zwanzig Jahren eine Mahnung sein, die Reihen der Kämpfer zu stärken, und nicht zu rasten, bis die Herrschaft des Unrechts und der Willkür gebrochen ist.

Verband der Steinarbeiter Oesterreichs.

Trotz der schlechten Conjunktur hat der Verband einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Der Mitgliederstand ist von 4792 auf 5403 gestiegen, die Zahl der Ortsgruppen hat sich um 12 vermehrt und erstrecken sich diese auf 93 Orte. Die Einnahmen betragen 107 800,40 Kronen, was ein Mehr von 13 951,31 Kronen gegen das Vorjahr (1908) ergibt, wogegen die Ausgaben um 9 451,17 Kronen. Der Kassenbestand in der Zentrale hat um 12 526,63 Kronen zugenommen und beträgt 24 754,63 Kronen. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung haben sich fast verdreifacht, was auf einen klaren Geschäftsgang in der Steinindustrie schließen läßt. Es wurden für diesen Zweck 8930,80 Kronen ausgegeben. Nach Branchen geordnet, weist unser Bruderverband folgende Zusammenfassung auf: Granitarbeiter 3500, Sandsteinarbeiter 400, Marmorarbeiter 1500 Arbeiter.

Diese Zusammenfassung ermöglichte es dem österreichischen Steinarbeiterverband, die Arbeitslosenunterstützung durchzuführen. In Oesterreich hat die Sandsteinindustrie keine große Bedeutung, und wenn die Kollegen aus jener Branche aber trotzdem häufig arbeitslos sind, so wird damit die Arbeitslosenunterstützung im Verband nicht allzu ungünstig beeinflusst. Der Verband gab im Jahre 1909 somit pro Mitglied 1,60 Kronen für Arbeitslosenunterstützung aus. (In Deutschland würden auf das Mitglied etwa 13,50 Mark für Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sein.)

Der schlechte Geschäftsgang ist auch aus der Verminderung der Lohnkämpfe ersichtlich, die 19 Streiks und 1 Aussperrung aufweisen, gegen 28 Streiks im Vorjahre. Von den 19 Streiks waren 12 Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. 4 Abwehrstreiks waren erfolglos, 2 endeten mit Erfolg und 1 ist noch unerledigt. Von den 12 Angriffsstreiks sind 8 mit Erfolg und 2 ohne Resultat verlaufen. Eine Aussperrung, an der 150 Arbeiter durch 10 Wochen beteiligt waren, brachte den Arbeitern vollen Sieg. Von den abgeschlossenen Verträgen ist der für 350 Marmorarbeiter in Wien zu erwähnen, der mit der Genossenschaft der Marmorwarenerzeuger abgeschlossen wurde und bedeutende Verbesserungen den Arbeitern brachte. — Nach der freiwilligen Auflösung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Schwertberg (Oberösterreich), der fast aus lauter Steinarbeitern bestand und mit niedrigen Beiträgen fortgegliedert, traten die Mitglieder in den Zentralverband über. Von dieser Zeit an ist eine lebhaftere Agitation in Oberösterreich entfaltet worden, wo Tausende Steinarbeiter beschäftigt sind und wurde bereits eine große Anzahl für die Berufsorganisation

gewonnen. In Böhmen ist die Organisationsarbeit durch den nationalen Haß erschwert, dafür treten die Unternehmerorganisationen immer mehr aggressiv auf, sowohl in tschechischen wie in deutschen Sprachgebieten. Besonders die Organisation der Bauberufe in Prag, wo die Baumeister den Ton angeben, hat die Prager separierten Steinarbeiter in langwierige Kämpfe verwickelt, um diese Organisation an die Wand zu drücken.

Die Riesenarbeit der Berufszählung.

Der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin, Herr Dr. van der Borgh, sprach über die soziale, gewerbliche und industrielle Entwicklung des Deutschen Reiches in einem Vortrag, den er im Auftrage der Geseftigung zu Dresden vor einem meist aus Gelehrten und andern Angehörigen der wissenschaftlichen Welt bestehenden sehr zahlreichen Auditorium hielt. Die Vorbereitungen zur letzten Zählung begannen schon 1901. Da in Deutschland noch vielfach zur Zählung Handarbeit verwandt wird, waren z. B. in Preußen zeitweise über 7000 nicht zum Statistischen Amt gehörige Personen damit beschäftigt. In den Vereinigten Staaten von Amerika arbeitet man lediglich mit Zähl-, Rechen- und Festmaschinenten und andern mechanischen Hilfsmitteln, wodurch man ein Zehntel an Zeit und ein Drittel an Kosten spart. Die letzte Zählung kostete 6,2 Millionen Mark, von den Veröffentlichungen sind 14 Bände fertiggestellt, 4 im Druck und 7 in Vorbereitung. Bei der Berufszählung teilte man die zu Zählenden in 218 Berufsarten ein. Die Erwerbstätigen haben sich von 39 auf 43,5 vom Hundert gesteigert, aber am meisten im Handel und Verkehr, während in der Landwirtschaft die Zunahme nur ein Fünftel betrug. Die Landwirtschaft umfaßt heute nur drei Zehntel gegenüber zwei Fünftel im Jahre 1895. Die gewerbliche Bevölkerung ist weit über die landwirtschaftliche hinausgewachsen. Die Großstadtbevölkerung hat sich seit 1882 um das zweieinhalbfache erhöht, meist durch Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung. Bemerkenswert ist die rapide Zunahme der weiblichen erwerbstätigen Bevölkerung, obenan steht die landwirtschaftliche weibliche Bevölkerung, 14 vom Hundert der Gesamtbevölkerung, während im gewerblichen 6, im Handel 3 vom Hundert der weiblichen Bevölkerung tätig sind. Die Zahl der selbständigen Personen ist nur wenig, der Arbeitskräfte mächtig, der Betriebs- und Kontorbeamten aber ganz wesentlich gestiegen, und zwar am meisten im Gewerbe. Arbeitskräfte haben wir jetzt 5 Millionen mehr als 1895 und 12 Millionen mehr als Selbständige. Eminent ist das Anwachsen der weiblichen Hilfskräfte im Gewerbe, die von 2000 in 1882 auf 64 000 und im Handel und Verkehr von 3000 auf 80 000 angewachsen sind. Einer großen Vermehrung von Handels- und Verkehrsbetrieben sowie des Gewerbes steht der Rückgang der Kleinbetriebe, ein Beweis dafür, daß auch im Handel und Gewerbe die Selbständigmachung immer schwerer wird. Diese Verschärfung im Kampfe ums Dasein wird noch erhöht durch die rapide Vermehrung der Großbetriebe. Fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist erwerbstätig. Die Entwicklung der Großstädte nimmt einen geradezu stürmischen Gang, besonders im Handel. Von der gesamten Reichsbevölkerung lebt ein Fünftel in Großstädten, davon sind drei Viertel beschäftigt im Gewerbe, Handel und Verkehr. Ein Zehntel der Erwerbstätigen lebt in Großstädten, ein Zehntel auf dem Lande.

Korrespondenzen

Mag. Als Herr Dassel vor mehreren Jahren seine „Alberne Höchzeit“ beging und die Arbeiter zur Feier des Tages einen Fadelzug veranstalteten, da dankte er mit bewegten Worten seinen lieben „Mitarbeitern“ und „Mitbürgern“ für die ihm dargebrachte Ovation. „Ich will mich späterhin dafür erkenntlich zeigen“, hieß es am Schluß seiner Rede. Man sagte damals, Herr Dassel will sicherlich eine Pensionskasse gründen für Arbeiter und Beamte. Die alten Arbeiterveteranen freuten sich schon auf die sorgenlosen letzten Lebensabende, doch leider zu früh, denn man hat bis heute nichts mehr von der Pensionskasse gehört. Im vorigen Winter wurde den Maschinenschleifern sogar abgezogen. Weiter kam die Differenz mit den Säulen. Als die Schleifer vorstellig wurden und erklärten, für den angebotenen Preis die Säulen nicht machen zu können, da schlug Herr Dassel recht scharfe Töne an. Das waren die ersten Zeichen der „Erkenntlichkeit“. In letzter Zeit wurden einzelnen Kollegen die „Kleinigkeit“ von 10 bis 15 M. abgezogen. Als einer derselben vorstellig wurde, wies man ihm die Tür. Mattentanden für die Vertikalstabe wurden bisher mit 30 Pfg. pro laufenden Meter für Steinmehnen bezahlt. Jetzt sollen dieselben für die Hälfte des bisherigen Preises gemacht werden. Als dieses abgelehnt wurde, erhielten sämtliche Steinmehnen und Schleifer des Vernetz die Kündigung. Jetzt macht der Meister, Herr Weber, die Platten. Derselbe tut nun im Schweiße seines Angesichts das Möglichste, um zu beweisen, daß bei 15 Pfg. pro

blieb. Das Baugewerbe lag daneben und dadurch wurde auch der Schieferbergbau in Mitleidenchaft gezogen.

In Unternehmerkreisen wird geklagt, daß die luxemburgische Schieferindustrie der rheinisch-westfälischen Konkurrenz mache. Nicht zu vergessen ist aber, daß hauptsächlich aus dem Arnberger Bezirk bis vor kurzem ein ansehnlicher Export nach Rußland bestanden hat. Wenn eben deutsche Erzeugnisse exportiert werden, dann muß man sich doch billigerweise auch die Einfuhr gefallen lassen.

Die Einfuhr ausländischen Schiefers betrug in Doppeltrentnern:

	1904	1905	1906	1907	1908
Aus Belgien	79 089	76 731	76 770	58 595	92 998
„ Frankreich	133 023	147 326	135 502	139 393	137 144
„ England	151 387	127 331	132 871	90 977	88 686
„ Oesterreich	34 595	33 234	—	40 781	42 521

Sehr auffallend ist das Nachlassen der Einfuhrziffer aus England, stabil dagegen bleibt die Einfuhr aus Frankreich.

Einiges auch über die amerikanische Schieferproduktion. Die amtliche Statistik von Nordamerika besagt, daß im Jahre 1908 für 6 316 817 Dollar Schieferwaren hergestellt wurden. Der meiste Schiefer wird in Pennsylvania, das die größten Schieferbrüche Amerikas besitzt, und in Vermont gewonnen, und zwar liefert Pennsylvania mehr als die Hälfte von der gesamten Produktion. Die Ausfuhr von Schiefererzeugnissen ist nur gering. Sie war nur von Bedeutung, als vor etlichen Jahren in Wales die Schieferbrucharbeiter streikten.

In den ländlichen Gegenden nimmt sich die Schieferbedachung gewiß schon aus. Aber phantastische, besser besagte halbverrückte Baumeister sind dazu übergegangen, daß sie auf Schieferdächern, mit farbigem Material, in

Daß im Rheinländischen die Schieferproduktion für die Arbeiter eine gewichtige Bedeutung hat, geht aus nachstehenden Ziffern hervor: Die Produktion stellte sich 1908 folgendermaßen:

Revier und Regierungsbezirk	Schablonen und Dachschiefer m	Schieferplatten qm	Geldwert zusammen M.
Revier Brilon	22 250	16 394	809 243
„ Dipe-Arnberg	23 463	2 086	122 947
Regierungsbezirk Arnberg	45 713	18 480	442 190
Revier Weilburg	36 268	—	138 081
„ Dillenburg	8 018	—	33 674
„ Diez	14 450	—	42 489
„ Wiesbaden	72 060	—	444 973
Regierungsbez. Wiesbaden	130 796	—	659 217
Revier und Regierungsbezirk Koblenz	279 478	50	1 514 899
Revier West-Saarbrücken	58 695	—	257 096
Regierungsbezirk Trier	—	—	—
Revier Ombund	170	160	3 181
Regierungsbezirk Nahe	—	—	—
Zusammen	514 852	18 690	2 876 685

In den Bezirken Koblenz und Wiesbaden waren Arbeiter tätig:

1903	1811	mit 3646 Angehörigen
1904	1486	„ 3964
1905	1505	„ 4005
1906	1515	„ 4219
1907	1367	„ 3625
1908	1819	„ 3473

Aus den Zahlen ergibt sich, daß die Industrie in den letzten Jahren ebenfalls von der Krise nicht verschont

laufenden Meter noch Geld zu verdienen ist. Wir sind gespannt, wie der neue Tarif ausfallen wird. Einzelne Positionen kennen wir schon. So sollen Fellen, die für den Steinmetzen bisher 4 Mk. lohnten, in Zukunft mit 2.60 Mk. bezahlt werden. Die Schleifer erhielten für gefrägte Kanten bisher 1.20 Mk., in Zukunft bloß noch 0.50 Mk. Es sind also nicht die besten Ansätze für die Zukunft vorhanden. Darum, Kollegen allerorts, meidet Allagen.

Baumholder. Der Abwehrkampf, der uns von seiten der Firma Burger infolge ihres Tarifbruchs aufgewungen worden war, ist leider zumungunsten der Kollegen verlaufen. Streikbrecher aus unsern eignen Reihen waren zu verzeichnen, dergleichen kamen auch von auswärts solche nützlichen Elemente. Obwohl die Streikenden alles versuchten, die Arbeitswilligen von ihrem schändlichen Tun abzuhalten, war es erstere nicht möglich, diese Leute zu einer besseren Einsicht bringen zu können. Aber der Streikbruch ist diesen Leuten nicht gut bekommen, denn schon nach einigen Tagen verfallene Dr. Burger seine Arbeiter und teilte ihnen mit, daß von nun an die Löhne um mehrere Prozente gekürzt würden. Die Leute glaubten vielleicht, daß die Reduzierungen auch noch zu ertragen seien, aber sie sollen ziemlich lange Gesicht gemacht haben, als sie am nächsten Tag mit niedrigen Löhnen nach Hause gehen mußten. Diese doch gewiß nützlichen Elemente hatten eine derartige Behandlung nicht erwartet und sie sollen daraufhin sogar selbst mit dem Plane umgegangen sein, die Arbeit liegen zu lassen. Im übrigen gönnen wir Herrn Burger seine Klausereien, mit einigen von ihnen dürfte es allerdings bei der verlangten Erhaltung der Arbeiten nicht lange Staat machen können. Den übrigen Arbeitern (Maschinenschleifern) im Betriebe, die nun ebenfalls mehr oder weniger von dieser gewaltigen Lohnreduzierung mit betroffen wurden, können wir nur sagen, da sie unsere ersten Ermahnungen, sich dem Verbände anzuschließen, in den Wind schlugen: „Ihr habt es nicht anders gewollt, mindestens aber seid ihr an dem betrieblenden Ausgang zum guten Teil mit schuld.“ Hätte sich Burger einer geschlossenen Organisation gegenübergestellt, so wäre es ihm nicht möglich gewesen, in dieser Weise vorzugehen, als wie dieses im Laufe des ganzen verfloffenen Jahres der Fall gewesen ist. Unsere Zahlstelle wird sich auch in Baumholder wieder festigen, dafür wird Sorge getragen. Klausereidienste leisteten folgende Herren: Heinrich Bauer, Steinhauer, geb. 28. 6. 1885 zu Bindensfels; Heinrich Rettig, Schleifer, geb. 16. 4. 1886 zu Elmshausen; Johannes Erdmann, seinen Personalakten nach professionmäßiger Arbeitswilliger.

Bürgstadt. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zur Rose statt. Kollege Aug. Münch gab einen kurzen Ueberblick über die Fortschritt der Zahlstelle seit ihrem Bestehen. Dabei wurde konstatiert, daß noch zirka die Hälfte der hiesigen Kollegen dem Verbände fernstehen. Die Zahlstelle wird keine Mühe scheuen, sämtliche Kollegen in unsere Reihen zu bringen. Es wurde hierauf vom Kassierer, Kollegen Joseph Eberhard, die Gesamtabrechnung seit Gründung vorgelesen. Es bilanzieren die Gesamteinnahmen mit 371.08 Mark, die Ausgaben mit 340.68 Mark, so daß ein Kassenbestand von 30.40 Mark verbleibt. Bei der darauffolgenden Wahl der Ortsverwaltung wurden gewählt: Anton Mittnacht zum Vorsitzenden, Joseph Eberhard zum Kassierer, Franz Brahm zum Schriftführer, Jakob Dittmann und Aug. Münch zu Revisoren. Als Verbandslokal wurde das Gasthaus zum Schwan bestimmt mit der Motivierung, daß, wenn es im Interesse der Zahlstelle für angezeigt erscheint, auch in anderen Lokalen Versammlungen abzuhalten.

Floß. Am 16. Januar fand in Floß eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt, die sich u. a. auch mit der Hilfsarbeiterfrage und der Erwerbslosenunterstützung befaßte. Die Debatte war über beide Punkte eine sehr lebhaft. Wegen der Aufnahme der Hilfsarbeiter in unsern Verband sind wir der Ansicht, daß alles aufgegeben werden muß, dieselben für unsere Organisation zu gewinnen. Wir würden einen Wochenbeitrag von 35 Pfg. vorschlagen. Uebrigens hoffen wir, daß der nächste Verbandsstag in dieser Frage die richtige Lösung finden wird. Nun zur Erwerbslosenunterstützung. In diesem Punkte teilen wir nicht die Ansicht einiger Artikelschreiber. Die Zahlstellen Floß und Flossenbürg lehnen die Einführung dieser Unterstützung für diesmal ab, und zwar aus folgenden Gründen. In den Bruchgebieten und größtenteils in den Granitgebieten herrschen noch Zustände und Verhältnisse, die zu beseitigen die erste Aufgabe des Verbandes sein muß. Wir wollen nur einiges aus den beiden obengenannten Zahlstellen anführen. In Floß, Flossenbürg und Umgebung herrscht noch die Unsitte, daß das Geschirr und das Geschirrschärfen von den Steinarbeitern selbst bezahlt werden muß. Auch sind gerade bei uns die Schärfelosten keine niedrigen, da auch der Schmiech sein Werkzeug und seine Köhler, die er braucht, selbst bezahlen muß. Ein grober Stochhammer kostet 80 Pfg. zu schärfen und 100 Stück Stöckchen 70 Pfg. Nun beträgt der Jahresdurchschnittsverdienst bei den Steinmetzen 986 Mark. Davon geht für Geschirrschärfen ab der Betrag von 71.35 Mark. Rechnet man noch die Kosten des Geschirrs hinzu, die mit 40 Mark jährlich wohl nicht zu hoch angesetzt sind, so ergibt sich die horrend Summe von 111.35 Mark. Das sind wöchentlich ungefähr 2.15 Mark. Es bleibt den Kollegen somit ein Verdienst von 874.65 Mark. Die Kollegen sagen sich deshalb: zuerst ist es Aufgabe des Verbandes, in solchen rückständigen Gegenden Verhältnisse wie die oben geschilderten zu beseitigen, ehe man daran geht, Unterstützungsanstaltungen einzuführen wie die Erwerbslosenunterstützung, die ohne größere

Beitragssteigerung niemals durchführbar ist. Es wird von den Kollegen in den Städten wohl des öfteren angeführt, daß die Kollegen in den Bruchgebieten weniger mit Arbeitsmangel zu kämpfen hätten und diese deshalb aus Solidarität bereit sein sollten, höhere Beiträge zum Zweck der Erwerbslosenversicherung zu leisten. Demgegenüber könnte auch angeführt werden, daß dann die Kollegen in den besserentlohten Orten auch verpflichtet wären, aus Solidarität ihre Forderungen auf Lohnsteigerung einige Jahre zurückzustellen, damit die ganze Kraft des Verbandes auf die Bruchgebiete geworfen würde, um auch dort menschenwürdige Löhne und Verhältnisse zu schaffen. Auch hätten die Kollegen in den Städten den Vorteil, daß sie nicht mehr so stark unter der Konkurrenz der Bruchgebiete zu leiden hätten. Aus all diesen Gründen müssen wir uns gegen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wenden. Nun noch einiges zur Agitation. Wohl heißt es oft, die Zukunft des Verbandes liegt in den Bruchgebieten. Doch glauben wir, daß, wenn dies der Fall sein sollte, in jenen Gegenden in bezug auf Agitation noch viel mehr geleistet werden könnte. Im Gau Regensburg zum Beispiel wurden vergangenes Jahr Bezirksvertrauensmänner aufgestellt, denen die Aufgabe gestellt wurde, in dem ihnen zugewiesenen Bezirk kräftige Agitation zu betreiben. Doch hat es hier wieder einen Haken. Sagen wir einmal, ein solcher Bezirksvertrauensmann könnte mindestens jeden dritten Sonntag auf Agitation ausgehen, könnte da oder dort eine Versammlung mit einem Vortrag abhalten. Aber wer bezahlt die Kosten? Auch wäre es gut, wenn die Sonntagsabende zur Agitation benützt werden könnten. Aber wie soll der beauftragte Kollege in die weitere Umgebung gehen, wenn er dafür nicht entschädigt wird? Wer soll nun hier eingreifen und die Ausgaben bestreiten? Die Gauleitungen haben hierzu nicht die Mittel und die Zahlstellen erst recht nicht. In der Umgebung von Floß, Flossenbürg, Störnstein, Burg, Reuth, Friedensfels und in den großen Pflastersteingebieten von Leuchtenburg und Tannisberg könnten durch diese Kleinarbeit noch hunderte von Stein- und Hilfsarbeitern gewonnen werden. Hier muß von den nächstwohnenden Kollegen Kleinagitation betrieben werden. Soll in dieser Hinsicht in den Bruchgebieten etwas erreicht werden, so muß es zunächst die Aufgabe des nächsten Verbandstages sein, hierzu die nötigen Mittel zu beschaffen, um auf diese Weise den Verband auf eine breitere Grundlage zu stellen. Für diese Zwecke wären wir einer Beitragssteigerung von 5 Pfg. die Woche nicht abgeneigt.

Gohmannsdorf. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der 1. Punkt lautete: Abrechnung vom vierten Quartal. Der Kassierer gab genaue Auskunft darüber. Bücher und Kasse wurden revidiert und für richtig befunden. Dann wurde zum 2. Punkt, Neuwahl, übergegangen. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender August Grieb, als Kassierer Georg Frank und als Schriftführer Peter Demant. Im 3. Punkt, Bericht über den Geschäftsgang, machte der Vorsitzende auf den jetzigen schlechten Geschäftsgang aufmerksam. Bei der Firma Wetter scheint beim Einstellen Ansetze stattgefunden. Darüber entspann sich eine lebhaft Diskussion. Beschlossen wurde noch, daß von jetzt ab der Versammlungen am letzten Sonnabend im Monat im Gasthaus zum Anker stattfinden.

Münster. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zur Krone statt. Den Kassenbericht erstattete Kollege R. Brand. Es wurde eine Einnahme von 1325.73 Mark erzielt, dem gegenüber steht eine Ausgabe von 1159.48 Mark. Bleibt ein Kassenbestand von 166.25 Mark. Von den Revisoren wurde die Buch- und Kassenführung als eine musterzügliche bezeichnet. An 10 kranke Kollegen sind 174.25 Mark gezahlt worden. Aus lokalen Mitteln sind die Ausgesperrten in Schweden mit 10 Mark, die abgebrannten Kollegen in Neusorg mit 5 Mark, die streikenden Kollegen in Sulzfeld mit 20 Mark und die über vier Wochen arbeitslosen Kollegen mit 27 Mark unterstützt worden. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 62. Beschämend ist es zu nennen, daß in einer so kleinen Zahlstelle einige wegen Rückstandes gefällig werden mußten. Da der bisherige Vorsitzende, R. Brand, eine Wiederwahl auf das entscheidendste ablehnte, wurde an dessen Stelle Wilhelm Schaaf als 1. Vorsitzender gewählt.

Verband. Unsere Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Die Richtigkeit der Abrechnung vom 4. Quartal 1909 wurde vom Revisor bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Hierbei wurde erwähnt, daß verschiedene Kollegen sich endlich an eine pünktlichere Beitragszahlung gewöhnen möchten. Sodann wurde zur Neuwahl geschritten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Vader gewählt, der seitherige Kassierer, Kollege Koch, wurde wiedergewählt. Ferner wurden noch gewählt als Schriftführer Kollege Oppermann, als Revisoren die Kollegen Rose und Fr. Wolf, als Kartelldelegierter Kollege Aug. Dempwolf. Die Versammlung war schlecht besucht. Vom Bruch Scheerenberg war nicht ein Kollege anwesend, was besonders beklagt wurde. Zum Schluß erwähnte der Gauleiter, Kollege Hiewig, die Anwesenden, in der Agitation nicht zu erlahmen und besonders die säumigen Kollegen aufzurütteln. Denn ein jeder weiß, daß wir ohne Organisation machtlos und ohnmächtig sind.

Löbau. Am 21. Januar fand im Hotel zum Schiff eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt gibt der Vorsitzende einen Ueberblick über die Tätigkeit im letzten Jahre. Durch eifrige Agitation gelang es, die Mitgliederzahl auf 318 zu erhöhen. Das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 76 Mitgliedern. Versammlungen wurden 8 abgehalten, Platzbesprechungen 4. Briefe, Karten, Drucksachen wurden 158 versandt. Der Kassenbericht war hektographiert und die einzelnen

Punkte wurden vom Kassierer erläutert. An Krankengeld wurden 351.75 Mk. ausgezahlt. Die Neuwahlen ergaben, daß die Kollegen Wilh. Lode als Vorsitzender und Karl Wunderlich als Kassierer wiedergewählt wurden. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Schwarz, Richter und Simon gewählt. Zu Revisoren für Löbau wurden Voigt und Schöps gewählt, die Revisoren für Oppach sollen in einer dortigen Versammlung gewählt werden. Unter Berücksichtigung erläutert der Vertrauensmann die in kurzer Zeit stattfindende Gewerkschaftswahl. Einstimmig wurde beschlossen, den bisherigen Vorsitz, Kollegen Traugott Randig, als Kandidaten von den Steinarbeitern wieder in Vorschlag zu bringen. Um auch Gesellschaftlich einmal ein paar frohe Stunden zu erleben, wurde beschlossen, in kurzer Zeit einen Familienabend abzuhalten. Gewünscht wurde, daß hierzu auch die Kollegen von Oppach eingeladen werden.

Münster. Unsere letzte Generalversammlung tagte bei Brinkmann. Erschienen waren 33 Kollegen. 76 Kollegen gehören zurzeit der Zahlstelle an. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben war, widmete man dem verstorbenen Kollegen Butalla die letzte Ehre durch Erheben von den Sigen. Darauf erstattete Kollege Lumbrink die Quartalsabrechnung, woraus zu entnehmen war, daß ein Bestand von 240 Mk. der Ortskasse gehört. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann gab unser Vorsitzender den Jahresbericht. Versammlungen wurden im ganzen 24 abgehalten, davon 4 in Hiltrup, unser Gauleiter war fünfmal zugegen. Neuaufgenommen wurden fünfzig Mitglieder. Lohnbewegungen fanden zwei statt, eine in Hiltrup, wo die Akkordarbeit abgeschafft und der Stundenlohn von 55 auf 60 Pfg. erhöht wurde; die andre in Münster mit dem Resultat, daß der Lohn von 40 auf 45 Pfg. erhöht wurde. In den Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt Ignaz Jöller als Vorsitzender, Joseph Lumbrink als Kassierer und Peter Viehof als Schriftführer. Des weiteren wurde beschlossen, daß auf jedem Platz ein Vertreter zu wählen sei, der mit dem Vorstand arbeite und berate. Dann wurde der Beschluß gefaßt, eine Hausagitation zu veranstalten und so die Indifferenten zu bewegen, sich unserer Organisation anzuschließen. Wir werden diese Agitation mit einem „Frisch auf“ beginnen. Es meldeten sich sofort annähernd 15 Kollegen, die dem Vorstand bei dieser Arbeit freiwillig Dienste leisten wollen. Es ist jetzt Zeit, ja die höchste Zeit, uns eine stätliche Mitgliederzahl zu verschaffen, damit man auch sieht, daß man im dunkelsten Winkel, so wie hier im nordischen Rom, vorwärts kommt, denn nur eine gutgepflegte Organisation und eine geschlossene Macht kann uns auf die Dauer gegen den Kapitalismus schützen.

Sulzfeld. Am Sonntag, den 16. Januar, fand im Gasthaus zum Löwen unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der 1. Punkt der Tagesordnung lautete: Tarifumgebung durch die Gebrüder Kern-Sulzfeld. Es entspann sich über dieselbe eine lebhaft Debatte, da die Firma schon im vorigen Jahre eine Tarifumgebung begangen hat. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Gottfried Fundis, 2. Vorsitzender Christian Schmidt, Kassierer Karl Förster, Schriftführer Bernhard Pfeifferle, Revisoren Friedrich Maier und Gottlieb Himmel. Dann wurde unser 1. Vorsitzender zur Gaukonferenz, die in Karlsruhe stattfindet, gewählt. Zum Schluß wurde die Firma Himmelsbach stark kritisiert, weil uns dieselbe drei Kollegen auf's Pflaster geworfen hat. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß das gegenseitige Mißtrauen in unser Zahlstelle verschwinden muß und die Reibereien nach der Versammlung am Bierisch zu unterlassen sind.

Literarisches.

Licht und Schatten. Gedichte von Gustav Dufe in Moline, Illinois (Nordamerika). Der Dichter war bis in die achtziger Jahre im Geschäft als Zigarrenarbeiter tätig und kehrte dann nach dem Staate Illinois über. Dufe, ein alter sozialistischer Handwerker und Freund der Gewerkschaftsbewegung verfügt über eine gut ausgebildete Reimkunst: Seinen Gedichten sendet er folgendes Vorwort voraus:

„Ich schreibe nicht, um zu gefallen,
Und schrieb auch nie um eitlem Sold;
Dem Guten aber und vor allem
Der Wahrheit sei mein Wort gezollt!“

Deutschschrift betreffend die Verwendung städtischer Mittel für Zwecke der Arbeitslosenversicherung. Vorgelegt vom Stadtrat Dr. J. a. s. r. o. w. in Charlottenburg. Wer über die Arbeitslosenunterstützungsfrage reden oder schreiben will, muß der Jastrowschen Deutschschrift Erwähnung tun. Die statistische Ausarbeitung hat Dr. Badtke besorgt, die äußerst sachkundige Einleitung ist von Dr. Jastrow geschrieben. Wir kommen gelegentlich auf die Deutschschrift noch zu sprechen.

Geschäftsbericht der Zahlstelle Berlin. Der Bericht ist vom Vertrauensmann E. Winkler in übersichtlicher Weise verfaßt. Besonders auffällig ist die hohe Zahl der arbeitslosen Kollegen in der Sandstein- und Marmorbranche.

Bericht für den Gaubezirk Karlsruhe. Auch dieser Bericht ist gut zusammengestellt. Der Gau zählte 1909 im Jahresdurchschnitt 1519 Mitglieder. Die Gausausgaben beliefen sich auf 4392.32 Mk. Es werden gezahlt 23 Tarife, welche für 34 Orte Gültigkeit haben.

ungeheuer großen Ziffern, das Jahr angeben lassen, wann das Gebäude hergestellt wurde. Das ist eine recht ekelhafte Mode geworden. Damit sollte bezweckt werden, daß durch die Auffälligkeit dem baulustigen Publikum die Güte des Schiefers vorgeführt werden soll. Diese Reklame wirkte abstoßend, denn kein vernünftiger Mensch wird beispielsweise auf seinem Hut eine Tafel anbringen lassen, wann er das Licht der Welt erblickt hat.

Dem Naturschiefer ist in der letzten Zeit ein gewaltiger Konkurrenz entstanden durch den Asbest- oder Kunstschiefer. Ob dieses künstliche Material dauerhaft ist, muß doch recht bezweifelt werden. Im Bureau eines Lehestener Werks konnten wir diesbezüglich eine interessante Wahrnehmung machen. Ein 15 Zentimeter hohes Glas war mit Schwefelsäure gefüllt, und darin war ein Stückchen Ton- und ein Stückchen Kunstschiefer untergebracht. Die Schwefelsäure mochte etwa sechs Wochen ihre zersetzende Wirkung auf die Probebeine ausgeübt haben. Resultat: Der Kunstschiefer war vollständig zerfressen, einzelne Teile seiner Zusammensetzung hatte die Säure direkt schlammig gestaltet; der Naturschiefer dagegen wurde nicht im geringsten beeinflusst. Solche Resultate passen den Herren „Kunstschiefer“ natürlich nicht in ihren Kram. Aber mit dem unbrauchbaren Asbestzeug wird eine riesenhafte Reklame betrieben. Das Lob des Asbestes hat aber das Königlich-Kaiserliche Material-Untersuchungsamt in Wien durch eine falsche Analyse herbeigeführt. Eine nochmalige Untersuchung des Asbestschiefers ergab, daß man diesen, vielleicht aus Gründen, die nur in einer oberflächlichen Untersuchung zu finden sind, viel zu gute Eigenschaften eingeräumt hat. Aber mit dem Wiener Gutachten wird heute noch operiert.

Der Steinarbeiterverband hat in den Schieferbruchgebieten, wenn wir Caub am Rhein ausnehmen, noch keinen Eingang gefunden. Im Schieferbruchgebiet von Caub und Umgegend sind etwa 350 Arbeiter beschäftigt. Schon seit vielen Jahren wird dort Schiefer gebrochen. Hauptsächlich kommen für die Gewinnung von Schiefer folgende Gruben in Betracht: Viktoriafollen, Reinsseierfollen, Grube Blücher, Jacobsberg, Schönberg, Ludwig und der Erbstollen. Sämtliche Arbeiter gehören zur Knappschaftsberufsgenossenschaft, da der Schiefer vermittelst Stollen und Querschläge aus dem Innern der Berge gebrochen wird.

Die Arbeitszeit in den Gruben beträgt durchschnittlich 10 Stunden, nur im Viktoriafollen arbeiten die Arbeiter 9 Stunden, da die Luft zu warm und auch ziemlich viel Wasser vorhanden ist.

Zumeist müssen sich die Schieferbrucharbeiter ihre Lampe selbst kaufen, der Preis beträgt etwa 7 Mk.; für Carbid beträgt die Ausgabe monatlich etwa 1 Mk. An Beiträgen zur Knappschaftskasse und Invalidenversicherung sind pro Monat etwa 4 Mk. zu zahlen. Die Lohnverhältnisse sind im allgemeinen geringe zu nennen, die sogenannten Schieferarbeiter verdienen im Monat durchschnittlich 90 Mk.; Schieferhauer können je nach Umständen 100 Mk. verdienen, und die sogenannten Förderer verdienen pro Tag 2.40 bis 2.60 Mk.

Gewöhnlich arbeitet eine Anzahl Schieferarbeiter in einer Kompanie zusammen und übernimmt ein Stück Felsen im Akkord. Die Abrechnung erfolgt jeden Monat. Ueber die sozialen Verhältnisse ist noch mitzuteilen, daß eine Anzahl der dortigen Arbeiter wohl ein eigenes Häuschen und etwas Land besitzt, aber die größere Mehrzahl ist auf den Verdienst angewiesen. Gar schwer wird

es da manchem Arbeiter, weil seiner Familie auf ehrliche Art und Weise mit dem geringen Verdienst auszukommen.

Als Berufskrankheit ist der Rheumatismus, und im vorgeschrittenen Alter die Atemnot (Asthma) zu nennen. Die moderne Arbeiterbewegung hat bis jetzt noch wenig Anhänger in dem betreffenden Gebiet. Wohl war ein guter Anfang zur Organisation gemacht, aber durch verschiedene Quertreibereien erlosch bald wieder die Begeisterung. Die Wirte verweigern die Säle. Triumphierend verkündete das in der Gegend erscheinende Kreisblatt: „Die Sozialdemokratie ist in den Orten nicht eingezogen, — weil die Wirte einig seien.“ Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß auch in absehbarer Zeit die dortigen Arbeiter sich in ihrer Berufsorganisation organisieren müssen. Hoffen wir, daß diese Einsicht bei vielen Kollegen recht bald kommt, und die Schmutzerei und das Schmarogertum bei einigen Arbeitern bald verschwindet. Die angegebene Lohnhöhe befugt ja genug, warum uns die Organisation so schwer wird.

Gerade das Studium eines großen Schiefergebiets hat uns mit veranlaßt, daß wir recht frühzeitig die so viel besprochene Hilfsarbeiterfrage aufrollten. Ueberdies müssen wir auch betonen, daß wir bisher über das Vorhandensein so großer Schiefergebiete entweder gar nicht oder doch nur sehr oberflächlich informiert waren. Für denjenigen, der solche Arbeitermassen in den Schiefergruben beobachten kann, ihre soziale Lage studiert, für den ist die Hilfsarbeiterfrage schnell aber auch konsequent gelöst. Der Tagearbeiter im Pirnaer Sandsteingebiet verdient eben einen höheren Lohn, als wie der beste Schieferplattenpalter im sächsischen Vogtland und im Thüringer Wald.